

JEDER MENSCH BRAUCHT  
FREIHEIT, UM SEINE  
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN  
ENTFALTEN UND  
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.  
DIE WIRTSCHAFT ERHÖHT  
VERFÄLLEN KULTUR UND  
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT  
DIE WIRTSCHAFT.  
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT  
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER  
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

**Liberales Institut**

# ENTWICKLUNG KANN MAN NICHT KAUFEN



15 gängige Thesen zur Entwicklungspolitik und  
warum sie aus liberaler Sicht fragwürdig sind

Rainer Erkens

*Position Liberal*

Impressum:

Herausgeber  
Liberales Institut der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
Truman-Haus  
Karl-Marx-Str. 2  
14482 Potsdam

Tel.: 0331/70 19-210  
Fax: 0331/70 19-216  
Email: [libinst@fnst.org](mailto:libinst@fnst.org)  
[www.libinst.de](http://www.libinst.de)

Gesamtherstellung  
Comdok GmbH  
Büro Berlin  
Reinhardtstr. 16  
10117 Berlin

Druck und Gesamtgestaltung  
ESM Satz und Grafik GmbH  
Wilhelminenhofstraße 83-85  
12459 Berlin

1. Auflage 2006

# ENTWICKLUNG KANN MAN NICHT KAUFEN

15 gängige Thesen zur Entwicklungspolitik und  
warum sie aus liberaler Sicht fragwürdig sind

Rainer Erkens

Oktober 2006

*Position Liberal*

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung



## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
These I: Entwicklung kann man kaufen.	11
These II: Entwicklung muss von außen kommen.	13
These III: Die armen Länder sind arm, weil die reichen Länder reich sind.	16
These IV: Nur die einheimischen Eliten sind die Ursache für den Zustand der Entwicklungsländer.	19
These V: Die Entwicklungsländer bleiben arm, auch wenn sie sich noch so sehr anstrengen.	22
These VI: Die Entwicklungsländer sind so arm, dass sie sich nicht selber helfen können.	24
These VII: Das Ziel von Entwicklungspolitik ist Entwicklung.	28
These VIII: Solidarität mit den Entwicklungsländern besteht darin, Geld zu verteilen.	31
These IX: Wer laut von „Armutsbekämpfung“ redet, hilft den Armen.	32
These X: Entwicklungspolitik darf fremde Kulturen und nationale Identitäten nicht antasten.	41
These XI: Die Entwicklungsländer leiden unter der Globalisierung.	44
These XII: Die Demokratisierung in der Dritten Welt führt automatisch zu Entwicklung.	48
These XIII: Ohne einen völligen und bedingungslosen Schuldenerlass wird sich die Dritte Welt nicht entwickeln.	54
These XIV: Wenn der Handelsprotektionismus der Industrieländer endet, entwickelt sich die Dritte Welt.	57
These XV: Wer den Entwicklungsländern helfen will, stellt die Entwicklungshilfe ein.	60
Abkürzungsverzeichnis	64



## Einleitung

Im September 2000 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 147 Ländern der Erde im Gebäude der Vereinten Nationen in New York eine Erklärung zum Jahrtausendwechsel (United Nations Millennium Declaration). In dieser Erklärung bekannten sie sich unter anderem zu dem Ziel, bis zum Jahre 2015 den Anteil der Menschen an der Weltbevölkerung zu halbieren, die mit weniger als einem US-Dollar täglich ihr Leben bestreiten müssen.<sup>1</sup>

In den Jahren zuvor, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, hatte die Entwicklungspolitik einen erheblichen Bedeutungsverlust erfahren. Wenig überzeugende Resultate von vier Jahrzehnten staatlicher Entwicklungshilfe sowie das rasche Wirtschaftswachstum, das einige bisherige Entwicklungsländer in den neunziger Jahren verzeichnen konnten, hatten dazu geführt, dass die Entwicklungshilfe immer mehr als Auslaufmodell betrachtet wurde. Entwicklungspolitik, so schien es, war allenfalls noch ein Heilmittel für eine kontinuierlich schrumpfende Zahl besonders hartnäckiger Problemfälle vor allem in Afrika, Zentralamerika und Ozeanien. Die Botschaft „Brot für die Welt“ war für immer mehr Menschen kaum noch attraktiv, weil auf ihren Tischen Brot längst keine Hauptrolle mehr spielt. Der deutsche Politikwissenschaftler Franz Nuscheler beklagte daher im Jahre 2001, dass sich die Entwicklungspolitik in einer Sinn- und Legitimationskrise befinde. Es gebe einen wachsenden Hilfspessimismus. Die Hilfe helfe nicht, die bisherigen Konzepte in der Entwicklungshilfe seien fehlgeschlagen.<sup>2</sup> Mit dieser Auffassung stand er damals nicht allein.

Die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen hat sich in dieser Situation als wahrer Jungbrunnen für die Entwicklungspolitik erwiesen. Entwicklungspolitik gilt mittlerweile wieder vielen Politikern als unverzichtbares Instrument bei der Verwirklichung der acht in der UNO-Erklärung definierten Ziele (Millennium Development Goals bzw. MDGs), darunter als erstes Ziel die bereits erwähnte *Armutsbekämpfung*. Schon ist die Armutsbekämpfung zu einem gigantischen internationalen Projekt geworden. Erneut sind international gültige Vorgaben formuliert worden, die an Ehrgeiz frühere Pläne weit übertreffen. Dabei weist William Easterly darauf hin, dass in den vergangenen Jahrzehnten die Entwicklungspolitik ein Grab ambitionierter Ziele war. Schon im Jahre 1977 hatte zum Beispiel die UNO beschlossen, dass bis zum Jahre 1990 alle Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben sollten. Im Jahre 1990

---

1 [www.un.org/millenniumgoals/](http://www.un.org/millenniumgoals/)

2 Vgl. Franz Nuscheler: Halbierung der absoluten Armut: die entwicklungspolitische Nagelprobe, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18-19/2001, S. 6-12, zit. S. 6.

wurde von der UNO für das Jahr 2000 eine 100-prozentige Einschulungsrate für Grundschüler beschlossen. Jetzt sind beide Ziele erneut in den Wunschkatalog der MDGs, diesmal versehen mit dem Zieldatum 2015, aufgenommen worden.<sup>3</sup> Wer würde darauf wetten, dass diesmal die UNO und ihre Mitglieder die selbst gesetzten Vorgaben erfolgreich umsetzen?

Bereits ein *Blick auf die Fakten* muss vor übertriebenen Erwartungen an die Entwicklungshilfe warnen. Tatsächlich flossen nach Angaben der OECD im Jahre 2003 insgesamt rund 69 Mrd. US-Dollar in die öffentliche Entwicklungshilfe der 22 Staaten, die als Zuwendungsgeber bezeichnet werden. Ein Teil davon bleibt ohnehin in den OECD-Ländern, um Verwaltungsaufgaben, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen, Personalkosten oder Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit abzudecken. Die verbleibenden Mittel verteilten sich auf 139 Empfängerländer auf allen Kontinenten. Zwar erhielten 32 Länder der Erde im Jahre 2003 Entwicklungshilfe im Umfang von mindestens 500 Mio. US-Dollar, doch außerhalb von Afrika, der Karibik und Ozeanien hat die Entwicklungshilfe – gemessen am jeweiligen Bruttonationaleinkommen – nur noch in wenigen Ländern der Erde eine nennenswerte Dimension. Durchschnittlich betrug die Entwicklungshilfe im Jahre 2003 nur 1,16% des jeweiligen Bruttonationaleinkommens in den Empfängerländern.<sup>4</sup> Angesichts solcher Daten wäre es vermessend, von der Entwicklungshilfe den entscheidenden Beitrag zur Erreichung der von den Vereinten Nationen gesetzten ehrgeizigen Ziele zu erwarten.

Gleichwohl findet die Entwicklungspolitik in den letzten Jahren, auch unter dem Stichwort „globale Strukturpolitik“, wieder spürbar mehr Interesse. Dabei konzentriert sich die entwicklungspolitische Diskussion nach wie vor in erster Linie auf die Entwicklungshilfe. Doch Entwicklungspolitik sollte aber mehr sein als die Vergabe von Entwicklungshilfe. Fragen des internationalen und regionalen Handels, von Frieden und Sicherheit oder die innere Ordnung der Entwicklungsländer sind beispielsweise längst wesentliche Aspekte der entwicklungspolitischen Debatte. Die internationale Diskussion in den Medien dreht sich dagegen immer wieder um die *Höhe* der finanziellen Entwicklungshilfe, also um die Frage, wer wie viel bekommen soll und wer wie viel zu zahlen hat.

Nachdem in den neunziger Jahren der Umfang der Entwicklungshilfe weltweit zurückgegangen war, stehen schon seit der Jahrtausendwende wieder mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Von verschiedener

---

3 William Easterly: *The White Man's Burden. Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done so Much Ill and so Little Good*, New York 2006, S. 9/10.

4 Alle genannten Zahlen entstammen der Website der OECD: [www.oecd.org](http://www.oecd.org), insbesondere dem Development Cooperation 2004 Report und seinem statistischen Anhang.



Seite wird zudem für die kommenden Jahre eine weitere Aufstockung der Entwicklungshilfe gefordert. Selbst Politiker aus OECD-Staaten mit massiven Problemen im Staatshaushalt können oder wollen sich dem Wunsch nach mehr Entwicklungshilfe nicht entziehen und geloben öffentlich eine Erhöhung der Etatansätze für die kommenden Jahre. Ob solche öffentlichen Versprechungen am Ende tatsächlich eingelöst werden, bleibt abzuwarten. Wichtiger ist aus liberaler Sicht, dass über die Debatte um die Höhe der Entwicklungshilfe die *Frage nach ihrem Sinn, ihrer Wirksamkeit und ihren Wirkungen* nicht vergessen wird. Der vorliegende Beitrag wird daher zwar die tagespolitischen Diskussionen nicht außer Acht lassen, aber in erster Linie auf grundlegende Probleme der heutigen Entwicklungspolitik eingehen. *Diese Probleme werden durch mehr Geld nicht unbedingt geringer, sondern möglicherweise noch verschärft.*

Im vorliegenden Beitrag sollen zunächst einige der – oft unausgesprochenen – Annahmen beleuchtet werden, die der Entwicklungspolitik zugrunde liegen. Anschließend werden einige spezielle Themenfelder der entwicklungspolitischen Debatte wie die *Armutsbekämpfung*, der Zusammenhang zwischen *Entwicklung und Demokratie*, die Bedeutung *kultureller Faktoren*, die *Verschuldung* der Entwicklungsländer und der *Abbau des Protektionismus* behandelt. Schließlich wird es um die Frage gehen, ob bei aller Kritik die Entwicklungspolitik nicht doch *sinnvolle Aufgaben* wahrnehmen kann.

Es werden jeweils in der Form knapper Thesen gängige Auffassungen zur Entwicklungspolitik und ihren verschiedenen Aspekten präsentiert und anschließend aus liberaler Sicht kritisch kommentiert. Dabei geht es nicht nur darum zu zeigen, was an den gängigen Meinungen zweifelhaft, fragwürdig oder gar falsch ist. Das ist schon deshalb unbefriedigend, weil sich auch die Entwicklungspolitik in einem ständigen *Lernprozess* befindet. Stefan A. Mustos Erkenntnis aus dem Jahre 1984 gilt nach wie vor, dass sich alle zehn Jahre die „entwicklungspolitische Losung“ ändert.<sup>5</sup> Erfreulich ist, dass zwar auch die heutigen „Losungen“ aus liberaler Sicht noch manches zu wünschen übrig lassen; insgesamt finden aber liberale Positionen mittlerweile in der entwicklungspolitischen Debatte deutlich mehr Resonanz als in der Vergangenheit. Die Entwicklungspolitik hat in den letzten Jahrzehnten ein hohes Maß an *Lernfähigkeit* bewiesen.<sup>6</sup> Der

---

5 Stefan A. Musto: Entwicklungspolitik am Scheideweg, in: liberal 3/84, S. 43–50, zitiert S. 43. Einen guten Überblick über die „Losungen“ der vergangenen Jahrzehnte bietet etwa William Easterly: *The Elusive Quest for Growth. Economists' Adventures and Misadventures in the Tropics*, Cambridge/Massachusetts 2002.

6 Vgl. hierzu etwa Rainer Erkens: *Irrwege und Chancen der Entwicklungspolitik in Afrika. Eine liberale Perspektive*, Berlin 2006 (Argumente der Freiheit 17 der Friedrich-Naumann-Stiftung), S. 77 ff.

Autor des vorliegenden Beitrags wird daher neben der Analyse von Fehlern auch versuchen, liberale Perspektiven und Alternativen aufzuzeigen, die den entwicklungspolitischen Diskussionsprozess weiter vorantreiben sollen.

Liberale gehen davon aus, dass Individuen, Gruppen und Staaten grundsätzlich in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. *Dauersubventionen* und ständige Bevormundung – auch und gerade wenn sie wie die Entwicklungshilfe mit noblen Absichten geschehen – schaffen dagegen *Abhängigkeit*. Sie stehen einem auf Emanzipation und Selbstbestimmung abzielenden liberalen Entwicklungsbegriff und einem liberalen Verständnis von der Würde des Menschen entgegen. Niemand kann in Würde leben, wenn er auf Dauer auf die Barmherzigkeit anderer angewiesen bleibt. Entwicklungshilfe muss daher aus liberaler Sicht *zeitlich befristet* sein. Das verlangt wiederum, dass die erreichten Ergebnisse immer wieder daran gemessen und daraufhin überprüft werden müssen, ob sie wirklich Entwicklung bewirken. Entwicklung bedeutet für Liberale ein Mehr an Wohlstand und sozialer Sicherheit für die Menschen in den Entwicklungsländern, ein Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten und Optionen im Alltag und die verstärkte Teilhabe der Menschen an gesellschaftlichen Prozessen, an politischen Entscheidungen sowie am wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Dafür bieten die *liberale Demokratie*, die Herrschaft des Rechts und die *Marktwirtschaft* die geeigneten Rahmenbedingungen. Ihre Förderung muss aus liberaler Sicht zentrales Anliegen der Entwicklungshilfe sein.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass es ohne ein nachhaltiges *Wirtschaftswachstum* über einen längeren Zeitraum hinweg keine Entwicklung geben kann. Auch die Förderung von Wirtschaftswachstum gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben der Entwicklungspolitik. Wirtschaftswachstum setzt voraus, dass die Menschen in den Entwicklungsländern über *ausreichend Freiraum zur wirtschaftlichen Betätigung* verfügen und das Eigentum geschützt wird. Nach wie vor leidet aber die entwicklungspolitische Debatte an einer seltsamen Scheu, diesen so offenkundigen Sachverhalt klar auszusprechen.

Wie immer, wenn es sich um *Finanztransfers* zwischen Zuwendungsgebern und Zuwendungsempfängern handelt, ist im Übrigen schon die Wortwahl in der Entwicklungspolitik ein wahres Minenfeld. Auf einige besonders kontroverse Worte und Konzepte wird in den folgenden 15 Thesen noch näher einzugehen sein. Doch schon der Begriff „Entwicklungsländer“ ist problematisch. Ist es wirklich angemessen, Madagaskar und Costa Rica, Osttimor und Ecuador, Thailand und den Jemen gleichermaßen unter die Überschrift „Entwicklungsländer“ zu setzen? Um dem Leser langwierige Fachdiskussionen um die richtige *Definition* des Begriffes „Entwicklungsländer“ zu ersparen, werden in diesem Beitrag als „Entwicklungsländer“ diejenigen 139 Staaten der Erde bezeichnet, die nach

Angaben der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) im Jahre 2003 öffentliche Hilfe von OECD-Ländern empfangen haben. In der Hauptsache geht es im vorliegenden Beitrag allerdings nicht um vergleichsweise wohlhabende und einflussreiche Länder wie Brasilien oder Südafrika, sondern um die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder, also um Staaten mit einem geringen oder sehr geringem Pro-Kopf-Einkommen.<sup>7</sup> In solchen Ländern sind nicht nur die Herausforderungen besonders hoch, in ihnen spielt die Entwicklungshilfe auch eine vergleichsweise große Rolle.

Der überaus problematische Begriff „Dritte Welt“ wird – fortan ohne Anführungszeichen – synonym zu „Entwicklungsländern“ benutzt. Seine Verwendung dient der sprachlichen Abwechslung, nicht der Verkündung einer ideologischen Botschaft. Als *Zuwendungsgeber* werden die 22 Länder bezeichnet, die zusammen mit der Kommission der Europäischen Union (EU) dem *Development Assistance Cooperation Directorate (DAC)* der OECD angehören. Im folgenden Text werden sie deshalb auch kurz als OECD-Staaten bezeichnet.<sup>8</sup> Hinzu kommen die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und regionale Entwicklungsbanken. Sie spielen in der Entwicklungshilfe eine immer größere Rolle. Alternativ zum Wort *Zuwendungsgeber*, aber wiederum ohne dass eine ideologische Botschaft damit verbunden wäre, werden die Begriffe *OECD-Staaten*, *Industriestaaten* und *Erste Welt* verwendet.

Bleibt noch die Feststellung, dass es im vorliegenden Beitrag um die *öffentliche Entwicklungshilfe*, nicht um die private Hilfe geht. Manche Probleme sind bei der öffentlichen und der privaten Entwicklungshilfe zwar ähnlich, doch ist es etwas grundsätzlich anderes, ob Bürger ihr Geld individuell und freiwillig einer privaten Organisation zur Verfügung stellen, die es dann für entwicklungspolitische Vorhaben einsetzt, oder ob staatliche Institutionen, finanziert aus zwangsweise erhobenen Steuermitteln, Geld in die Dritte Welt transferieren. Private Großzügigkeit beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der persönlichen Entscheidung jedes Einzelnen. Sie bedarf weder einer Erlaubnis noch muss sie sich einer kritischen Überprüfung von Außen stellen.<sup>9</sup>

7 Vgl. zu diesen Kategorien und den darunter fallenden Staaten die DAC List of Aid Recipients as of 1 January 2003, in: [www.oecd.org/dataoecd/35/9/2488552.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/35/9/2488552.pdf)

8 Die Bezeichnung ist nicht ganz korrekt, weil der OECD insgesamt 30 Staaten angehören, von denen aber nur 22 Mitglieder des DAC sind. Die übrigen Mitglieder, neben Transitionsländern aus Mittel- und Osteuropa etwa auch die Türkei, Korea und Island, leisteten im Jahre 2003 nur öffentliche Entwicklungshilfe im Umfang von insgesamt rund 0,5 Mrd. US-Dollar. Auch Mexiko ist inzwischen zu einem OECD-Staat geworden und leistet in bescheidenem Umfang Entwicklungshilfe. Zu den Daten und Fakten vgl. den Entwicklungsreport 2004 der OECD [www.oecd.org](http://www.oecd.org)

9 Vgl. hierzu grundlegend: Tibor Machan: *Generosity. Virtue in Civil Society*, Washington 1998.

Staatlich verordnete Zwangssolidarität zu Lasten Dritter, der Steuerzahler in den Industrieländern, erfordert dagegen ein hohes Maß an Wachsamkeit und bedarf der Rechtfertigung. Das gilt für das Handeln innerhalb der nationalen Grenzen ebenso wie für die Entwicklungspolitik.

*Rainer Erkens*

*Potsdam, Oktober 2006*

*„Die Tatsache, dass es Not und Elend gibt, wäre selbst dann kein Beweis gegen den Liberalismus, wenn die Welt heute liberale Politik betreiben würde; noch immer bliebe ja die Frage offen, ob nicht bei anderer Politik mehr Not und Elend herrschen würden... Was Liberalismus und Kapitalismus geleistet haben, erkennt man, wenn man die Gegenwart mit den Zuständen des Mittelalters oder der ersten Jahrhunderte der Neuzeit vergleicht. Was sie leisten könnten, wenn man sie nicht stören würde, kann man nur durch theoretische Überlegungen erschließen.“<sup>10</sup>*

## **These I: Entwicklung kann man kaufen.**

Dass Entwicklung käuflich ist, liegt – wenn auch bezeichnenderweise unausgesprochen – der gesamten Entwicklungspolitik zugrunde. Doch schon ein Blick auf die Fakten sollte verdeutlichen, wie absurd *übertriebene Erwartungen* an die Entwicklungshilfe sind. Im Jahre 2003 hat Afrika nach Angaben der OECD insgesamt Entwicklungshilfe in Höhe von rund 23,75 Mrd. Dollar erhalten.<sup>11</sup> Das war bereits ein historischer Höchststand. Die Bundesrepublik Deutschland transferiert dagegen seit 15 Jahren jährlich das Drei- bis Vierfache dieser Summe in die neuen Bundesländer, obwohl deren Einwohnerzahl nur etwa zwei Prozent der Einwohnerzahl von Subsahara-Afrika beträgt – und die Ergebnisse der Transfers eher zweifelhaft sind.

Selbst wer glaubt, dass man Entwicklung kaufen kann, gerät in Beweisnot, wenn er begründen soll, warum nicht einmal 24 Mrd. Dollar jährlich ausreichen sollen, um einen Kontinent wie Afrika mit mehr als 700 Millionen Einwohnern zu „entwickeln“. Das hindert die für die Entwicklungspolitik zuständigen Stellen aber nicht daran, die Entwicklungshilfe als Instrument einer „globalen Strukturpolitik“ zu bezeichnen und zu behaupten, dass man mit ihr zahlreiche *ehrgeizige Ziele* in der Welt von der Förderung der Demokratie und dem Schutz der Umwelt über die Bekämpfung des Terrorismus, die Sicherung des Weltfriedens und die Beseitigung von Armut bis zur Herstellung der Gleichberechtigung von Mann und Frau erreichen kann.

Besteht also der Ausweg darin, die Entwicklungshilfe zu erhöhen? Von verschiedener Seite, etwa der vom britischen Premierminister Tony Blair geleiteten „Commission for Africa“<sup>12</sup> oder dem von Jeffrey Sachs und anderen Experten

10 Ludwig von Mises: Liberalismus, Nachdruck der Originalausgabe von 1927, Sankt Augustin 2000, 3. Auflage, S. 8/9.

11 [www.oecd.org/dac/stats/dac/dcrannex](http://www.oecd.org/dac/stats/dac/dcrannex)

12 Vgl. [www.commissionforafrica.org/english/report.html](http://www.commissionforafrica.org/english/report.html)

getragenen „United Nations Millennium Project“<sup>13</sup> der Vereinten Nationen wird gefordert, dass die Entwicklungshilfe massiv aufgestockt werden soll. Konkret wird für Afrika bis zum Jahre 2015 mehr als eine Verdreifachung der Entwicklungshilfe auf dann bis 80 Mrd. US-Dollar im Jahr verlangt. Dies soll einen „Big Push“ sicherstellen, also Afrika gewissermaßen in die Gegenwart katapultieren. Die Gruppe der G8-Staaten hat sich im Juli 2005 unter dem Druck solcher Forderungen auf eine Erhöhung der Mittel für Afrika auf 50 Mrd. US-Dollar bis zum Jahre 2010 geeinigt. Auch andere Entwicklungsländer sollen von erhöhter Hilfe profitieren.

Wenn die Lösung so einfach sein soll, dann bleibt die Frage, warum man nicht schon längst mehr Mittel für die Entwicklungshilfe eingesetzt hat. Aus Geiz? Aus Gemeinheit? Oder aus Dummheit? Und warum verzeichnet ein Land wie Osttimor, das seit der Unabhängigkeit – gemessen an der Einwohnerzahl – mit Entwicklungshilfe geradezu überschüttet wurde, keine Fortschritte, sondern droht im Chaos zu versinken?<sup>14</sup>

Wer mehr Geld für die Entwicklungsländer fordert, nimmt in der Regel Bezug auf eine Ziffer, die schon vor vielen Jahrzehnten von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen definiert und seitdem unendlich oft wiederholt worden ist: Wenn die Industrieländer 0,7 % ihres Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe ausgeben, dann wird sich die Dritte Welt erfolgreich entwickeln. Bisher erfüllen zwar nur wenige, in der Regel kleinere Länder die Vorgabe, aber als Zielmarke gilt sie für viele Entwicklungspolitiker unverändert fort. Vieles hat sich in der Welt seit den siebziger Jahren geändert, doch die 0,7%-Vorgabe ist geblieben. Dabei weiß längst niemand mehr, warum die Wegscheide seit Jahrzehnten unverändert bei 0,7 % liegt und nicht beispielsweise bei 0,5 % oder 1,0 %.

Die Tatsache, dass die Entwicklungshilfe derzeit noch ein gutes Stück von der 0,7 %-Vorgabe entfernt ist, liefert denen ein Argument, die wie Jeffrey Sachs

---

13 Vgl. United Nations Development Project: Investing in Development. A Practical Guide to Achieve the Millennium Development Goals, in: [www.unmillenniumproject.org](http://www.unmillenniumproject.org)

14 Seit 1999 hat Osttimor je Einwohner jährlich Entwicklungshilfe in einem Umfang erhalten, der in etwa dem Pro-Kopfeinkommen der Bevölkerung entspricht. Anlässlich der Unabhängigkeitsfeier erklärte UNO-Generalsekretär Kofie Annan, dass noch nie die Welt so vereint gewesen sei, um einer kleinen Nation zur Seite zu stehen. Zum Zeitpunkt der Niederschrift der vorliegenden Arbeit konnte das Experiment Osttimor dennoch als weitgehend gescheitert gelten. Vgl. Armutsprobleme verursachen Chaos in Osttimor. Vorwürfe gegen die Misswirtschaft der Regierung Alkatiri, in: Neue Zürcher Zeitung vom 8. Juni 2006.

unermüdlich eine substantielle Erhöhung der Hilfe fordern.<sup>15</sup> Die Kosten dafür sollen die Menschen in den industrialisierten Ländern in Form von allerlei neuen *Steuern und Abgaben* übernehmen. Doch es ist für Liberale nicht überzeugend, für mehr Entwicklungshilfe zu plädieren, wenn schon an der sinnvollen Verwendung der bisherigen Mittel berechtigte Zweifel bestehen. Nicht die Höhe der zur Verfügung stehenden Gelder ist entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, wofür und wie sie eingesetzt werden. Wenn schon bisher die Entwicklungshilfe kaum Erträge abgeworfen hat, dann wird ihre Verdopplung unter ansonsten unveränderten Bedingungen kaum etwas Grundlegendes ändern. Entwicklung ist nämlich nicht notwendigerweise eine Frage des Geldes. Die deutsche Sprache ist hilfreich: Man kann nicht entwickelt werden, sondern man muss sich schon selbst entwickeln. Das verlangt, dass man seine eigenen Stärken und Schwächen erkennt, seine Talente und Fähigkeiten nutzt, sich selbst anstrengt und für sich und seine Umgebung Verantwortung übernimmt.

Das ist ein mühsamer Prozess, der Zeit braucht. Er wird nur gelingen, wenn die *Rahmenbedingungen* stimmen. Zu den richtigen Rahmenbedingungen gehören die Existenz von offenen Märkten, der Schutz des Eigentums, eine unparteiische und effektive Rechtsprechung sowie staatliche Strukturen, die der privaten Initiative nicht im Wege stehen. Wenn diese Bedingungen gegeben sind, haben Menschen die Gelegenheit und einen Anreiz, etwas zu produzieren und zum Verkauf anzubieten. Dann brauchen sie freilich auch kaum Entwicklungshilfe.

Wer den Menschen in der Dritten Welt dagegen weismachen will, dass man Entwicklung kaufen kann, ermutigt sie weder dazu, selbst etwas zu produzieren, noch dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative verbessert werden.

## **These II: Entwicklung muss von außen kommen.**

„Die Reichen haben verstanden: Afrika kann gerettet werden“, so textete die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“, nachdem die G8-Staaten bei ihrem Treffen in Schottland im Juli 2005 mehr Geld für die Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt hatten.<sup>16</sup> Dass Entwicklung nur das Ergebnis von Finanztransfers aus

---

15 Vgl. Jeffrey Sachs: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt. München 2005.

16 „Helfen hilft doch. Die Reichen haben verstanden: Afrika kann gerettet werden“ in: Die Zeit vom 7. Juli 2005.

den Industrieländern sein kann, ist ein alter Glaubenssatz, der von den Entwicklungspolitikern in den OECD-Staaten und den politisch Verantwortlichen in der Dritten Welt gleichermaßen verkündet wird. Wenn man – wie in These I behauptet wird – Entwicklung kaufen kann, die Entwicklungsländer aber den Kaufpreis nicht aufbringen können, muss das Geld von den „Reichen“, d.h. von den Steuerzahlern in den Industrieländern kommen.

Die These, dass Entwicklung von außen kommen muss, schließt sich nahtlos an alte kolonialistische Denkmuster an. Schon seit langem gehört die Auffassung, dass Afrikaner, Asiaten, Lateinamerikaner oder die Bewohner Ozeaniens sich nicht selbst entwickeln können, sondern ihre Entwicklung die „Bürde des weißen Mannes“ (Rudyard Kipling) ist, zum Standardrepertoire westlichen Denkens. Allerdings wird dieser Sachverhalt heute nicht mehr so offen ausgesprochen wie noch vor einem Jahrhundert. Schuldgefühle, dass „wir“ angeblich deshalb reich sind, weil „die anderen“ so arm sind, verbinden sich hier mit tradierten Bildern von der Unfähigkeit der Menschen in der Dritten Welt, aus eigener Kraft einen Weg aus Not und Armut zu finden. Früher war es die Aufgabe der Europäer, diese Menschen zu „zivilisieren“, heute sollen sie „entwickelt“ werden.<sup>17</sup>

Von solchen Denkmustern ist auch der oft zitierte entwicklungspolitische Leitsatz „*Hilfe zur Selbsthilfe*“ nicht frei, indem er Selbsthilfe von einer vorausgegangenen Hilfe abhängig macht. Das ist natürlich ein bequemer Weg. Man verzichtet auf eigene Anstrengungen und wartet erst einmal auf das, was andere bieten. Nur wer unkritisch an eine allumfassende staatliche Steuerung und an die politische Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Prozesse und individuellen Verhaltens glaubt, hält es für selbstverständlich, dass Hilfe automatisch zur Selbsthilfe führt. Die Realität zeigt dagegen, dass Hilfe ohne Auflagen die Motivation zur *Selbsthilfe schwächen oder gar zerstören kann*. Staatliche Finanztransfers können gerade die Hilfsbedürftigkeit und die Abhängigkeit provozieren, die man eigentlich doch bekämpfen will. Und schließlich ist fragwürdig, ob man wirklich immer Hilfe braucht, bevor man sich selbst helfen kann. Doch in der Entwicklungspolitik bestimmen nicht immer Erfahrungen, empirisch belegte Fakten oder die Gesetze der Logik das Handeln, sondern oft *Vorurteile, Wunschdenken und natürlich auch die eigenen Interessen der Beteiligten*.

Von der These, dass Entwicklung nur durch Geld von außen, von den „reichen“ Ländern möglich ist, profitieren vor allem zwei Gruppen. Erstens ist

---

17 Vgl. zu solchen Leitbildern und ihrer Kontinuität etwa Sven Lindquist: *Durch das Herz der Finsternis. Ein Afrika-Reisender auf den Spuren des europäischen Völkermordes*, Frankfurt a. Main/New York 1999.



dieses Rezept die einfachste Methode für die *politisch Verantwortlichen* in den Empfängerländern, sich eigene Mühen zu sparen und von Fehlleistungen abzulenken. Neben der Begründung, dass die Entwicklungsländer zu arm sind, um ihre Entwicklung zu finanzieren, wird von den Politikern vor Ort dabei auch das Argument angeführt, die Entwicklungsländer seien die *Opfer der früheren Kolonialmächte*. Letztere schuldeten ihnen daher ihre Entwicklung. Zweitens gehört zu den Nutznießern der These II die „Entwicklungsindustrie“, also die Vielzahl der staatlichen und nicht staatlichen Institutionen und Organisationen in den Industrie - und den Entwicklungsländern, die sich in der Entwicklungshilfe betätigen oder mit ihr befassen. Ihre Existenzgrundlage ist der stetige Fluss von Mitteln aus der Ersten in die Dritte Welt.<sup>18</sup>

In Wirklichkeit setzt die Erwartung, Entwicklung müsse von außen erfolgen, *falsche Anreize*. Die *politisch Verantwortlichen* in der Dritten Welt, aber auch die dortige „Entwicklungsindustrie“ brauchen nicht den langen und oft schmerzhaften Weg der Entwicklung ihrer Länder durch *eigene Anstrengungen* antreten, sondern können stattdessen anderswo mühsam erarbeitetes Kapital an ihre Zielgruppen und nicht zuletzt auch an sich selbst verteilen. Wohlstandshemmende, entwicklungsfeindliche und Armut fördernde Missstände vor Ort brauchen nicht beseitigt werden, sondern können fortexistieren, weil ihre Kosten für die Eliten in den Entwicklungsländern von den Steuerzahlern außerhalb der eigenen Landesgrenzen geschultert werden. Dafür verweigert sich zwar die Abhängigkeit von den Zuwendungsgebern, doch war das bislang kaum eine schwere Bürde.

Eine viele Jahrzehnte lang oft ohne *nennenswerte Auflagen, ohne konsequente Kontrollen und vielfach ohne die Einforderung von Gegenleistungen und Eigenverantwortung* gewährte Entwicklungshilfe hat damit die angeblich intendierte Selbsthilfe geradezu verhindert. Sie hat genauso wie die mancherorts sprudelnden Einnahmen aus dem Erdölexport zur Entstehung einer *Rentenmentalität* in den Entwicklungsländern geführt. Politiker in den Entwicklungsländern tendieren zudem wie alle Menschen dazu, mit Geld, das von anderen erwirtschaftet worden ist, weniger sparsam und sorgfältig umzugehen als mit Geld, das von ihnen selbst erarbeitet worden ist.

---

18 Die Tatsache, dass die in der Entwicklungspolitik tätigen Institutionen und Organisationen ein Eigeninteresse an einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Entwicklungshilfe haben, schließt nicht aus, dass die von ihnen verfolgten Anliegen sinnvoll sein können und dass viele in der „Entwicklungsindustrie“ tätigen Menschen für ihre Arbeit Respekt verdienen. Das Problem der „Entwicklungsindustrie“ resultiert weniger aus den Absichten, der konkreten Tätigkeit oder dem individuellen Fehlverhalten der in ihr tätigen Menschen als aus ihrer negativen gesamtgesellschaftlichen Wirkung in den Entwicklungsländern.

Einer der zentralen Grundsätze liberaler Entwicklungspolitik lautet daher, *dass die Länder der Dritten Welt selbst und die dort lebenden Menschen für ihre Entwicklung verantwortlich sind*. Die Verantwortung liegt in den Händen der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger, und zwar bei jeder und jedem Einzelnen von ihnen. Die Entwicklungsländer können nicht von anderen gerettet werden. Sie müssen sich schon selber retten.

### **These III: Die armen Länder sind arm, weil die reichen Länder reich sind**

Ungleichheit in der Einkommensverteilung ist ein Kennzeichen moderner Gesellschaften. Sie ruft immer wieder Unbehagen hervor, ist aber zugleich ein wichtiger Anreiz für Wettbewerb, Innovation und Fortschritt. Die ungebrochene Attraktivität von These III in manchen Kreisen beruht auf zwei *eng miteinander verbundenen falschen Annahmen*. Die erste Annahme lautet, dass Wohlstand eine feste Größe, also statisch ist. Wirtschaft ist demnach ein Nullsummenspiel. Wer, ob als Land oder als Individuum, vom Wohlstand überdurchschnittlich profitiert, muss anderen zwangsläufig etwas weggenommen haben. In Wirklichkeit wächst jedoch seit vielen Jahrzehnten der Wohlstand auf der Erde. Damit nimmt auch die Zahl der Wohlstandsgewinner zu. Es gibt sowohl relativ als auch in absoluten Zahlen immer mehr Reiche auf der Erde und immer mehr Menschen, denen es gut geht. Die Zahl der Armen mag auf Grund des Bevölkerungswachstums in einigen Teilen der Welt noch steigen. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung sinkt aber kontinuierlich ab, wenn auch bezeichnenderweise nicht überall.

Einer Reihe von früher armen Staaten ist es gelungen, sich aus Jahrhunderte langer Armut zu lösen. Sie haben gelernt, ihre Chancen zu nutzen. Das gilt etwa für die meisten Staaten Ost- und Südasiens, aber auch für Länder wie Botswana oder Chile. Ghanas Prokopfeinkommen lag beispielsweise zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1957 auf der gleichen Höhe wie das Pro-Kopfeinkommen Südkoreas. Heute beträgt das Zahlenverhältnis dagegen eins zu acht zugunsten der Südkoreaner. Doch bei den bereits erreichten gewaltigen Verbesserungen ist es wie immer im Leben: das Erreichte gilt mittlerweile in den Worten von Hans Magnus Enzensberger als Selbstverständlichkeit, „als ein vom Himmel gefallenes Minimum, das jedermann zusteht.“<sup>19</sup>

---

19 Hans Magnus Enzensberger: Über die unaufhaltsame Verbesserung der Welt, in: Ders.: Nomaden im Regal. Essays, Frankfurt am Main 2003, S. 154–158, zit. S. 155.

Die zweite Annahme geht davon aus, dass reiche Länder deshalb reich sind, weil sie arme Länder ausbeuten. Dem liegt eine Art von Verschwörungstheorie zu Grunde. Wenn der eine reich ist und der andere arm, dann kann das nur daran liegen, dass der Reiche seinen Reichtum auf unlauterem Weg zu Lasten des Armen erworben hat und den Armen daran hindert, selbst reich zu werden. Das mag für *die inneren Verhältnisse* in manchen *Entwicklungsländern* durchaus zutreffen. Vielerorts bleiben die Armen dort arm, weil die Reichen und Mächtigen alles tun, um *Freiheit, Recht und Marktwirtschaft* zu verhindern. An solchen verkrusteten Verhältnissen muss dann auch eine liberale Entwicklungspolitik ansetzen.

Reichtum und hohe Einkommen in den Industriestaaten sind dagegen *erarbeitet und verdient* worden und nicht das Resultat von Ausbeutung. Sie reflektieren im Normalfall Leistung, Disziplin, Zuverlässigkeit, Intelligenz, Talent oder Ehrgeiz, nicht Bosheit und Unmenschlichkeit. Auch wenn diese Feststellung für manche schmerzhaft ist: die Industrieländer sind reich, weil sie im Laufe der letzten Jahrhunderte gelernt haben, effizienter mit ihren menschlichen und den von der Natur gegebenen Ressourcen umzugehen als andere Länder. Sie verdanken ihren Reichtum nicht der Ausbeutung anderer Staaten, sondern den Anstrengungen der in ihnen lebenden Bürger, einem langwierigen Lernprozess und nicht zuletzt einer über Jahrhunderte hinweg geführten Auseinandersetzung um Freiheit und Recht, die mit vielen Opfern verbunden war. Dass in vielen Entwicklungsländern aus diesen Erfahrungen nach wie vor keine Lehren gezogen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin Freiheit, Recht und Marktwirtschaft verweigert werden, ist kaum den Industrieländern anzulasten.

Schon der Eigennutzen spricht im Übrigen gegen die Theorie, dass reiche Länder an der Armut anderer Staaten interessiert sind. Reiche Länder sind für andere reiche Länder viel interessantere Handelspartner als arme Länder. Auf dieser Erkenntnis basiert ja für Liberale jenseits aller moralischen Begründungen die Entwicklungspolitik: Es *nützt* Deutschland, wenn bisher arme Länder sich entwickeln. Deshalb ist es gerechtfertigt und grundsätzlich eine sinnvolle Investition, diesen Ländern mit Entwicklungshilfe unter die Arme zu greifen. Der deutsche Export nach Singapur hatte im Jahre 2005 einen Wert von 4,272 Mrd. Euro, der Export nach Eritrea belief sich auf 10,0 Mio. Euro. Ein ähnliches Missverhältnis gilt für die Importe nach Deutschland. Die Wohlstandsgewinne der Deutschen aus dem Handel mit Singapur liegen um ein vielfaches höher als

die aus dem Handel mit Eritrea. Warum sollte Deutschland nicht am Wohlergehen Eritreas interessiert sein, sondern Eritreas Armut perpetuieren wollen?<sup>20</sup>

Afrikas Anteil am Welthandel entspricht mit rund zwei Prozent nur dem Belgiens. Würde Afrika aus dem Welthandel ausscheiden, wären die unmittelbaren Wohlstandsverluste in den Industrieländern überschaubar. Sie wickeln den überwiegenden Teil ihres Außenhandels mit anderen Industrieländern und der Gruppe der Schwellenländer ab, die kaum noch als arm bezeichnet werden können. Gelänge es aber Afrika, über einen längeren Zeitraum hinweg ein hohes Wirtschaftswachstum zu erzielen, dann würde davon zweifellos auch die deutsche Wirtschaft profitieren. Die Industrieländer sind auf Märkte angewiesen, auf denen sie ihre Produkte absetzen können. Sie brauchen Rohstoffe und Agrarprodukte, von denen viele aus Entwicklungsländern kommen. Schließlich bieten Entwicklungsländer zunehmend auch Standorte, an denen Unternehmen aus den Industrieländern kostengünstig produzieren und damit die eigene Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Warum sollten die reichen Länder also daran interessiert sein, einige Entwicklungsländer arm zu halten und sich damit selbst *Wohlstandsgewinne* entgehen zu lassen?

Wenn die Behauptung richtig wäre, dass die Industrieländer für die Armut der Entwicklungsländer verantwortlich sind, dann wäre auch kaum zu erklären, dass vielen Ländern Ost- und Südasiens in den letzten Jahrzehnten ein so spektakulärer Aufstieg gelungen ist, ohne dass dies von den Industrieländern in Europa und Nordamerika verhindert worden ist. Im Gegenteil: neben internen Reformen haben gerade *ausländische Direktinvestitionen* aus den Industrieländern zur Wohlstandsmehrung in Thailand, Malaysia oder der Volksrepublik China erheblich beigetragen. Viele Länder in der Dritten Welt sind Nutznießer, nicht Opfer des Reichtums der Industrieländer, nicht nur wegen der vermehrten Chancen für Handel und Investitionen, sondern auch, weil sie aus Erfindungen und Erfahrungen in den Industrieländern Nutzen ziehen, ohne die damit verbundenen Kosten erneut aufbringen zu müssen.

Ein Sonderproblem stellen allerdings *Partikularinteressen einzelner Gruppen* in den OECD-Staaten dar. Sie wollen den Wettbewerb etwa durch Handelsprotektionismus beschränken oder gar abschaffen und schaden damit nicht nur den armen Ländern. Hierauf wird These XIV noch ausführlicher eingehen. Gerade die besonders geschützten Branchen wie der Agrarbereich oder die Textilindustrie sind aber längst nicht mehr die wichtigsten Quellen des Wohl-

---

20 Angaben des Statistischen Bundesamts [www.destatis.de/download/d/aussh/rangfolge04.pdf](http://www.destatis.de/download/d/aussh/rangfolge04.pdf)

stands in den industrialisierten Ländern, sondern verlieren immer mehr an Bedeutung. Es ist ein zentrales Argument der Liberalen, dass vom freien Handel grundsätzlich alle Beteiligten profitieren. Schon im Jahre 1758 hatte deshalb David Hume bekannt, dass „ich nicht nur als Mensch, sondern als englischer Bürger für den blühenden Handel Deutschlands, Spaniens, Italiens und sogar selbst Frankreichs bete“.<sup>21</sup>

#### **These IV: Nur die einheimischen Eliten sind die Ursache für den Zustand der Entwicklungsländer.**

Dass ein erheblicher Teil der politisch Verantwortlichen in den Entwicklungsländern versagt hat, ist eine weit verbreitete und mit vielerlei Beispielen belegbare Erkenntnis. Tatsächlich sind in weiten Teilen der Dritten Welt die Eliten nicht einmal unbeabsichtigt Wohltäter. Ihnen ist nur in den seltensten Fälle daran gelegen, schon im Eigeninteresse die wirtschaftliche Betätigung der Bürger ihrer Länder zu fördern und sie pfleglich zu behandeln. Das aber wäre nach Mancur Olson eine der Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung.<sup>22</sup> In der Dauerklage über das Versagen der *politisch Verantwortlichen* in vielen Teilen der Dritten Welt schimmert freilich der Wunsch nach einer weisen Staatsführung durch, die alles schon nach dem Gesichtspunkt des „Gemeinwohls“ und der „sozialen Gerechtigkeit“ richten wird. Dabei sollten doch idealistische Erwartungen an die Selbstlosigkeit von Politikern und das Wirken von so genannten „weisen Staatsmännern“ längst widerlegt sein. Politiker brauchen eine klar definierte Begrenzung ihrer Macht, ständige Kontrolle und Anreize, damit sie das Richtige tun. Wenn sie dann das Richtige getan haben, ist es die Sache der Bürgerinnen und Bürger, selbst Chancen zu nutzen und den Wohlstand zu mehren. Je weniger Spielraum Politiker haben, desto weniger muss man sich vor schlechten Politikern fürchten.

Die einseitigen Schuldzuweisungen an Politiker in der Dritten Welt, deren Handeln den Wunschvorstellungen von Betrachtern aus der Ersten Welt fremd ist, und die damit verbundene moralische Empörung führen überdies dazu, dass man zu wenig danach fragt, *warum* eigentlich Politiker in manchen Entwicklungsländern so schlecht regieren. Schließlich dürften die meisten Machthaber dort wohl kaum von Natur aus böser und raffgieriger als ihre Berufsgenossen anderswo sein.

---

21 David Hume: Über den Argwohn im Handel, in ders.: Politische und ökonomische Essays. Übersetzt von Susanne Fischer. Mit einer Einleitung herausgegeben von Udo Bermbach, Hamburg 1988, S 251-254, zit. S. 254.

22 Mancur Olson: Power und Prosperity. Outgrowing Communist und Capitalist Dictatorships, New York 2000.

Bei der Suche nach den Gründen für politisches Fehlverhalten muss man einmal mehr auf die Entwicklungshilfe zu sprechen kommen. Wie bereits in These I und These II dargestellt, setzt sie *falsche Anreize*. Da die Entwicklungshilfe den Politikern eine Mindesteinnahme unabhängig von ihrer eigenen Leistung garantiert, besteht bei ihnen wenig Anlass zur Mobilisierung einheimischer Ressourcen. Hinzu kommt, dass die Abhängigkeit der Politiker in der Dritten Welt von den *einheimischen Steuerzahlern* verringert wird. Gerade in den armen Entwicklungsländern stammt der größte Teil der Staatseinnahmen aus der Entwicklungshilfe, aus Krediten internationaler Organisationen, aus Zolleinnahmen und der Förderung sowie dem Verkauf von Rohstoffen und wenigen exportfähigen landwirtschaftlichen Produkten. Die Bürger in Entwicklungsländern tragen dagegen weder als Unternehmer noch als Lohnempfänger oder als Konsumenten in nennenswertem Umfang zur Finanzierung der Staatseinnahmen bei. In Afrika liegt der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt (ohne Nigeria und Südafrika) bei 5,5%. In Deutschland betrug er im Jahre 2004 dagegen 21,8%.<sup>23</sup> Für Lateinamerika hat die dortige Uno-Wirtschaftskommission (CEPAL) ermittelt, dass im Jahre 2003 der Anteil der direkten Steuern am Bruttoinlandsprodukt nur 4,5% betrug. In der Europäischen Union belief sich die Rate dagegen auf 16,5%.<sup>24</sup> Um Missverständnissen allerdings gleich vorzubeugen: es geht nicht darum, die Steuerzahler in den Entwicklungsländer mit möglichst hohen Steuersätzen zu belasten. Wohin leistungsfeindliche Steuergesetze führen, kann ja in vielen Industrieländern besichtigt werden. Es geht vielmehr darum, diejenigen zu erfassen und tatsächlich in die Pflicht zu nehmen, die auf Grund ihres Einkommens zu Steuerzahlungen in der Lage wären.

Heute haben die einheimischen Steuerzahler in den Entwicklungsländern nur wenig Gewicht. Politiker haben vor den Bewohnern der von ihnen regierten Länder dementsprechend kaum Respekt. Sie sind in ihren Augen nur *Objekt der Geldverteilung*, nicht *Subjekt der Geldbeschaffung*. Das liegt keineswegs nur

---

23 Vgl. Kurt Pelda: Wie Afrika durch Geld gelähmt wird. Der Schwarze Kontinent braucht nicht mehr, sondern weniger Hilfe, in: Neue Zürcher Zeitung vom 9./10. Juli 2005. Was das bedeutet, wird bei einem Blick auf die Staatseinnahmen in Deutschland deutlich. So stammten im Jahre 2004 nicht weniger als 29,2% der deutschen Staatseinnahmen aus der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer, 23,7% aus der Mehrwertsteuer, 9,4% aus der Mineralölsteuer und 6,2% aus der Gewerbesteuer. Diese Steuerquellen spielen in vielen Entwicklungsländern bei der Finanzierung des Staatshaushaltes keine herausragende Rolle. Die für manche Staaten der Dritte Welt besonders wichtigen, aber handelsfeindlichen Zölle trugen dagegen nur zu 0,7% zu den deutschen Staatseinnahmen bei. Daten nach Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland in Zahlen 2005, Köln 2005, S. 67.

24 Comisión Económica para América Latina y el Caribe: Objetivos de Desarrollo del Milenio: una mirada desde América Latina y el Caribe, Santiago de Chile 2005, S. 298.

an der Entwicklungshilfe, wie der Blick gerade auf Lateinamerika zeigt, wo nur noch wenige Länder in hohem Maße von den Transfers aus den OECD-Staaten profitieren. Der Aufbau tragfähiger, effizienter und einfacher<sup>25</sup> *Steuersysteme* sollte aus liberaler Sicht auch jenseits der finanziellen Seite ein zentrales Element der Entwicklungspolitik in armen Ländern sein, weil das die Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen fördert und ihr Interesse an der Kontrolle der politisch Verantwortlichen erhöht.

Die Entwicklungshilfe leistet insbesondere dort, wo sie bei der Finanzierung des Staatshaushalts nach wie vor eine große Rolle spielt, noch anderen negativen Tendenzen Vorschub. So wird eine politische Karriere interessant, wenn politische Macht den Zugang zu Entwicklungsgeldern garantiert. Entwicklungshilfe führt zu einer *Politisierung des Lebens*. Sie ermutigt Personen dazu, in die Politik einzusteigen und mit allen Mitteln die einmal errungene Macht zu behaupten, weil die Verteilung anderswo erwirtschafteter Mittel weniger anstrengend ist, als selbst Leistung zu erbringen. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Peter J. Boettke hat darauf hingewiesen, dass Unternehmertum immer und überall präsent und „ein allgegenwärtiger menschlicher Zug“ ist, doch lenken Menschen mit Unternehmergeist ihre Aufmerksamkeit auf diejenigen Felder, wo sie sich am meisten Gewinn versprechen. Wenn die in einem Land geltenden *Spielregeln* also denen hohen Gewinn versprechen, die Zugang zu Staatsämtern haben, werden Menschen mit unternehmerischem Talent in die Politik und in den Staatsdienst eintreten.<sup>26</sup> Ähnliches gilt natürlich für die in der Entwicklungshilfe tätigen Organisationen und Institutionen. Auch sie ziehen in den armen Ländern, in denen sie tätig sind, Menschen mit unternehmerischen Fähigkeiten an. Die Entwicklungshilfe hält damit Menschen mit Unternehmergeist davon ab, zum Nutzen aller tätig zu sein und Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen.

Es ist es im Übrigen nicht angebracht, die Bürger der Entwicklungsländer lediglich als *hilflose Opfer ruchloser Politiker* zu betrachten. Auch in vielen Entwicklungsländern finden mittlerweile mehr oder weniger freie Wahlen statt.

---

25 Ungeachtet der verzerrten deutschen Diskussion um die „flat tax“ hat dabei gerade diese Form der Besteuerung für Entwicklungsländer große Vorteile. Sie bietet dort die Chance, auch die Bezieher hoher Einkommen in die Pflicht zu nehmen, die Steuerflucht einzudämmen und damit zur Gerechtigkeit beizutragen. Nicht zufällig findet daher die „flat tax“ international immer mehr Fürsprecher. Vgl. etwa Martin Choren: *Unfair Competition? Slovakia's Tax Policy* (Friedrich-Naumann-Stiftung Occasional Paper 21), Berlin 2006.

26 Peter J. Boettke: Von der Unmöglichkeit, kein Unternehmer zu sein. Soziale Kooperation prägt den Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Dezember 2005/1. Januar 2006.

Fast immer werden dabei die Amtsinhaber oder die von ihnen ausgesuchten Nachfolger bestätigt. Das mag zum Teil die Folge von Wahlmanipulationen und Betrug, von Tricks und Drohungen oder manchmal auch von Gewalt sein. Es liegt aber trotz aller lautstarken Beschwerden der Bürger über Korruption und Amtsmissbrauch der jeweiligen politischen Führung auch daran, dass nur wenige Wähler sich tatsächlich für die Veränderung der politischen Verhältnisse einsetzen. Viele Bürger haben gelernt, mit dem *Patronagesystem* und der *Käuflichkeit* von Politikern zu leben und davon zu profitieren. Sie stört nicht das Fehlverhalten der von ihnen gewählten Politiker, sondern die Tatsache, dass sie aus diesem Fehlverhalten zu wenig Gewinn ziehen.

Da umgekehrt die Bürger in den Entwicklungsländern kaum zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, ist ihr Interesse an einer sparsamen und transparenten Verwendung öffentlicher Gelder gering. Die Entwicklungshilfe sorgt zudem dafür, dass die Steuerzahler in den Industrieländern einspringen, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zu sehr verschlechtern. Entwicklungshilfe wird so zum *Reparaturbetrieb* für Fehler vor Ort. Die Bürger der Entwicklungsländer brauchen sich nicht dem *Risiko* von Unannehmlichkeiten oder Repressalien aussetzen, indem sie ihre Führung per Stimmzettel zur Rechenschaft ziehen. Sie werden zu Geiseln in den Händen der politisch Verantwortlichen. Je schlechter ein Land regiert wird, je mehr Menschen dort Not leiden, desto mehr Grund besteht, Entwicklungshilfe einzuklagen.

### **These V: Die Entwicklungsländer bleiben arm, auch wenn sie sich noch so sehr anstrengen.**

Die altbekannte These, dass die Entwicklungsländer unabhängig von ihren eigenen Anstrengungen und ohne eigenes Verschulden zu ewiger Armut verdammt sind, haben Jeffrey Sachs und das „United Nations Millennium Project“ im Jahre 2005 wieder populär gemacht. Sie verwenden dabei den Begriff der Armutsfalle („poverty trap“). Auch wenn sich arme Entwicklungsländer noch so sehr bemühen und mutig Reformen durchführen, können sie demnach ihre Position kaum verbessern. Nur eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe soll es ihnen ermöglichen, den Teufelskreis von Unterentwicklung und Armut zu durchbrechen.<sup>27</sup>

Diese fatalistische Auffassung klingt nicht nur verdächtig nach einer Auftragsbeschaffung für die „Entwicklungsindustrie“, die natürlich beträchtlich

---

27 Vgl. United Nations Millennium Project: Investing in Development, a.a.O.



von einer massiv erhöhten Entwicklungshilfe profitieren würde. Sie ist auch empirisch nicht zu belegen. Länder wie die Volksrepublik China, Indien, Malaysia, Chile oder Botswana haben in den vergangenen Jahren *große Fortschritte* bei der Steigerung des Wohlstands und der Beseitigung von Armut erzielt. Nach Angaben der Vereinten Nationen hat sich zwischen den Jahren 1990 und 2001 der Anteil der Armen an der Bevölkerung der Erde um ein Viertel von 28% auf 21% der Bevölkerung verringert.<sup>28</sup> Selbst in vierzehn afrikanischen Ländern ging der Anteil derjenigen, die Hunger leiden, um ein Viertel zurück. Immer mehr Länder beweisen, was Liberale seit Jahrhunderten wissen: *Armut* ist weder ein natürlicher Zustand noch Ergebnis göttlicher Fügung oder Schicksal, sondern Menschenwerk.

In einer Reihe von Ländern der Dritten Welt haben in den letzten Jahren *Reformen zugunsten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft* stattgefunden. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Der Internationale Währungsfond (IWF) führt in seinen Berichten zur Entwicklung der Weltwirtschaft an, dass selbst die Wirtschaft der Länder in Sub-Sahara Afrika in den Jahren 2004 und 2005 im Durchschnitt um rund fünf Prozent gewachsen ist. Das ist in Anbetracht der Herausforderung zwar noch längst nicht genug, aber eine deutliche Verbesserung gegenüber den desolaten neunziger Jahren. Der IWF sagt voraus, dass auch in den nächsten Jahren die Aussichten für den Kontinent so günstig sein werden wie schon lange nicht mehr. Zu den Gründen für die positiven Daten rechnet der IWF ausdrücklich auch die in vielen afrikanischen Staaten durchgeführten Reformen, die auf eine *marktwirtschaftliche Öffnung* ausgerichtet sind.<sup>29</sup> Gleichwohl nehmen viele afrikanische Staaten in internationalen Vergleichen über das jeweilige Ausmaß der wirtschaftlichen Freiheit noch immer hintere Plätze ein.<sup>30</sup> Spricht das alles für eine „Armutsfalle“?

Internationale Vergleichsstudien weisen Jahr für Jahr eindrucksvoll nach, dass ein enger *kausaler Zusammenhang zwischen Freiheit, wirtschaftlichem Wachstum und der Beseitigung von Armut* besteht.<sup>31</sup> Wenn viele Entwick-

---

28 Vgl. die Website der Vereinten Nationen: <http://millenniumindicators.un.org/unsd/mi/mL-worldregn.asp>

29 Vgl. International Monetary Fund: World Economic Outlook. Washington April 2005, S. 46. Der Report erscheint halbjährlich jeweils mit einer Fülle aktueller Daten.

30 Vgl. zu solchen Vergleichsdaten neben der jährlich mit aktuellen Daten unter Beteiligung der Friedrich-Naumann-Stiftung erscheinenden Studie „Economic Freedom of the World“ auch die Daten der amerikanischen Heritage Foundation in ihrem „Index of Economic Freedom“ ([www.heritage.org/research/features/index/downloads.cfm](http://www.heritage.org/research/features/index/downloads.cfm)).

31 Vgl. James Gwartnev/Robert Lawson/Erich Gartzke: Economic Freedom of the World. Annual Report 2005, Berlin 2005, Tabellen 21 ff.

lungsländer in solchen Studien weiterhin die hinteren Plätze belegen, zeugt das nicht von einer „Armutsfalle“, der man angeblich nicht entinnen kann, sondern vielmehr davon, dass der Reformprozess in den betroffenen Ländern noch längst nicht breit und tief genug ist. Zudem gibt es auch in Industrie- und Schwellenländern Veränderungen in Richtung auf mehr Marktwirtschaft. Eine Reihe von Entwicklungsländern hat zwar auf diesem Feld Verbesserungen erzielt, aber da andere auch an sich arbeiten, gibt es im internationalen Vergleich manchmal nur begrenzt Verschiebungen. Das bedeutet jedoch in Anbetracht der oben zitierten Daten des IWF nicht, dass alles immer beim Alten bleibt. Nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika belegen viele Länder inzwischen: wer auf *marktwirtschaftliche Reformen* setzt und sich um *Gute Regierungsführung* („*Good Governance*“) bemüht, der wird auch Erfolge verzeichnen.

Patentlösungen und Wohlstandsmehrung im Eiltempo darf man nach Jahrzehnten der Irrwege und der Misswirtschaft an vielen Orten nicht erwarten. Es ist aber weder moralisch gerechtfertigt noch empirisch zu begründen, Entwicklungsländer, die sich gerade erst auf den mühsamen Weg der Reformen begeben haben, in ihren Eigenanstrengungen zu entmutigen und auf Hilfe von außen warten zu lassen.

## **These VI: Die Entwicklungsländer sind so arm, dass sie sich nicht selber helfen können.**

Entwicklungspolitik beruht auf der Annahme, dass die Länder der Dritten Welt wegen ihrer Armut nicht das für Investitionen erforderliche Kapital ansparen oder anziehen können. Die Entwicklungshilfe und internationale Kredite sollen diese Lücke schließen. Tatsächlich beklagt das United Nations Millennium Project, dass die Sparquote in Afrika nur elf Prozent betrage, während die Sparquote in Lateinamerika bei 20% und in Ostasien bei 34% liege.<sup>32</sup> Die Autoren fragen freilich nicht, *warum* solche Unterschiede bestehen. Dabei liegt auf der Hand, dass angesichts der in Afrika und in Teilen Lateinamerikas gegebenen Rahmenbedingungen kaum jemand ernsthaft mit einer hohen Sparquote rechnen kann. Nicht die weit verbreitete Armut ist dort das Hauptproblem, sondern eine falsche Wirtschaftspolitik sowie die Schutzlosigkeit potentieller Sparer und Investoren vor staatlicher Willkür, korrupten Beamten und Kriminellen. So entsteht kein Anreiz zur Bildung und zur Investition von Ersparnissen. Wie aber hätte anderswo Entwicklung zustande kommen können, wenn nicht dadurch, dass auch Menschen mit geringem Einkommen Investitionskapital akkumulie-

---

32 United Nations Millennium Project: Investing in Development, a.a.O. S. 148.

ren? Einkommen ist historisch gesehen das *Ergebnis* von Investitionen, nicht deren *Voraussetzung*. Wenn Entwicklung nur mit finanzieller Hilfe von außen möglich wäre, so argumentierte schon der liberale Entwicklungstheoretiker Peter Bauer, dann befände sich die Menschheit noch in der Steinzeit, weil kein anderer Planet und kein anderes Sonnensystem ihr Mittel zur Verfügung gestellt haben.<sup>33</sup>

Entwicklung verlangt zunächst einmal die *Mobilisierung der Ressourcen vor Ort*, wenn man nicht auf Hilfe von außen warten will. Dabei geht es nicht nur um das Geld der wenigen Reichen, sondern gerade auch um die Mobilisierung der Ressourcen der Mittelschichten und der vielen Armen. Im Gegensatz zu den von Medien suggerierten Bildern sind manche Arme oft gar nicht so arm. Medienberichte aus der Dritten Welt konzentrieren sich auf spektakuläre Fälle von Gewalt, auf Kriege, Krankheiten und Naturkatastrophen. Deren Opfer können in der Tat für eine gewisse Zeit Fürsorgefälle sein. Sie sind aber nicht der *Normalfall von Armut*. Wer sich mit Armenvierteln und Slums in den Großstädten der Dritten Welt und selbst im ländlichen Raum befasst, ist oft überrascht, wie viele Mittel trotz der geringen Einkommen dort für alle möglichen Zwecke zur Verfügung stehen. Das gilt für die Beschaffung und den Verkauf von Handelsgütern im informellen Sektor über den Bau von Unterkünften und die Unterstützung der Kirchen, Tempel und Moscheen vor Ort bis zur Begleichung von Schulgebühren oder der Bezahlung von Vergnügungen wie Wetten und Wettkämpfe, Alkohol, Drogen oder Prostitution. Das ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil es Armen in funktionierenden Gemeinschaften oft gelingt, sich zusammenzuschließen und ihre Mittel zusammenzulegen.

Es ist die verkürzte und arrogante Sicht von Menschen aus Industrieländern, wenn als *menschliche Ressourcen* lediglich Geld und formale Bildungsabschlüsse verstanden werden. Arme, denen es an beidem mangelt, werden damit automatisch zu Objekten der Barmherzigkeit degradiert. In Wirklichkeit gibt es einen wahren Kosmos höchst unterschiedlicher *Fähigkeiten*, die für den einzelnen Menschen wertvolle Ressourcen darstellen. Dazu gehören beispielsweise Begabungen, Intelligenz, Ehrgeiz, Fleiß, Geduld, Selbstdisziplin oder die Vertrautheit mit den Lebensgewohnheiten der Menschen in der eigenen Umgebung. Armut schließt niemanden von solchen immateriellen Ressourcen aus. Wer sie geschickt nutzt, kann Armut hinter sich lassen, ohne auf Geld von anderen oder den Abschluss einer Eliteschule angewiesen zu sein.

---

33 Peter Bauer: *From Subsistence to Exchange and Other Essays*, Princeton, New Jersey 2000, S. 44.

Für Arme und Reiche gilt aber gleichermaßen: sparen und investieren lohnen sich nur, wenn die *Rahmenbedingungen* stimmen, wenn man also mit einer hohen Wahrscheinlichkeit sein investiertes Kapital samt Zinsen zurückerhält und den Ertrag seiner Arbeit einbehalten kann. Ein ganz wichtiger Beitrag zur Mobilisierung von Kapital bestünde nach Auffassung des Entwicklungstheoretikers Hernando de Soto darin, die *Eigentumsrechte der Armen* gerade auch im ländlichen Raum zu stärken. Denn weil den Armen das Land, das sie bebauen, oder das Grundstück, auf dem sie ihre Hütte errichtet haben, oft nicht gehört, können sie es auch nicht als Sicherheit benutzen, um sich Kredite zu beschaffen. Zudem können sie keine Verantwortung für Eigentum entwickeln. Bekanntlich geht man mit dem, was einem selbst gehört, pfleglicher und nachhaltiger um als mit dem, was anderen oder der Gemeinschaft gehört. Viele Arme, denen Eigentumsrechte verwehrt werden, können weder langfristig planen noch sich aus der Abhängigkeit von anderen lösen.<sup>34</sup> Der Schutz des Eigentums ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass sich *Vertrauen* in den Staat, aber auch in das Handeln der Mitmenschen bildet.<sup>35</sup> Schließlich schafft Eigentum<sup>36</sup> aber auch ein Stück Autonomie und damit die Möglichkeit zur Selbstbestimmung: Knechte verfügen nur über wenig Eigentum, Sklaven über gar keins. Eigentum gibt Menschen die Möglichkeit, sich aus Abhängigkeit zu lösen. Nicht zuletzt deshalb versuchen am Erhalt der eigenen Macht orientierte Politiker und Besitzstandswahrer aller Schattierungen immer wieder, gerade die Armen von den Vorteilen einer freien Gesellschaftsordnung auszuschließen.<sup>37</sup>

*Klein- und Kleinstkredite* sind ein wichtiges Mittel zur Förderung von Kapitalbildung und erleichtern Investitionen von Armen. Aber angesichts der *Außenorientierung großer Teile der Eliten* in den Entwicklungsländern greift

---

34 Hernando de Soto: *The Mystery of Capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else*, New York 2000.

35 Vgl. Paul Seabright: *The Company of Strangers. A Natural History of Economic Life*, Princeton und Oxford 2004, S. 65. Die Reziprozität von Eigentumsrechten ist laut Seabright unerlässlich, weil der Handel mit anderen nur möglich ist, wenn man sich darauf verlassen kann, dass auch deren Eigentum geschützt ist.

36 Im Übrigen bezieht sich der liberale Begriff des Eigentums nicht allein auf materielle Güter. Auch der Körper, die Arbeitsleistung oder der Wille sind in einer freien Gesellschaft Eigentum des Einzelnen.

37 Es ist bezeichnend, dass trotz der erheblichen positiven Effekte von Eigentum gerade für die Armen die Mehrung und der Schutz von Eigentum im herrschenden entwicklungspolitischen Diskurs allenfalls eine marginale Rolle spielt. Dieter Nohlen (Hg.): *Lexikon der Dritten Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*, Hamburg 2002 (vollständig überarbeitet Neuauflage) erwähnt – bei einem Umfang von 950 Seiten – weder das Stichwort „Eigentum“ noch ist den Autoren das Werk von Hernando de Soto eine Zeile wert. Den gescheiterten „Dependencia-Theorien“ werden dagegen neun Spalten gewidmet.

kaum ein Politiker und kaum eine Bank dort das Thema auf. Auch kommerzielle ausländische Anleger halten sich bei Kleinstkrediten zurück. So vereinen durch Mikrokredite unterlegte Anlagefonds nur ungefähr 600 Mio. US-Dollar weltweit und das, obwohl das Risiko-Rendite-Profil von Beteiligungen an Mikrokrediten durchaus attraktiv ist.<sup>38</sup> Folglich speisen sich Klein- und Kleinstkredite für Menschen mit Unternehmungsgeist in der Dritten Welt in hohem Maß aus der Entwicklungshilfe. Ohnehin ist der einheimische Kapitalmarkt in den meisten Ländern für Einheimische, die nicht zu den oberen Zehntausend gehören, eher eine Belastung als eine Hilfe bei der Finanzierung von Entwicklung. Politische Vorgaben und Gefälligkeiten, heute bekannt als „faule Kredite“, prohibitive Zinssätze und ein Übermaß an Bürokratie behindern den Zugang von Händlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden zum Finanzmarkt. Grundlegende Reformen im Finanzsektor, insbesondere dessen Entpolitisierung und die Stärkung des Wettbewerbs, müssen daher in vielen Ländern ein zentraler Punkt jeder liberalen Reformagenda sein.

Schließlich ließe sich die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe auch durch den Einsatz von ausländischem Privatkapital vermindern. Als Geldgeber käme hier neben den international tätigen Unternehmen und Finanzinstitutionen nicht zuletzt die immer größer werdende Diaspora aus der Dritten Welt in den Industrieländern infrage. Man denke nur an die bedeutende Rolle der *Auslandschinesen* bei der Entwicklung der Volksrepublik China, aber auch an die regelmäßigen Überweisungen von Migranten in ihre alte Heimat. Sie spielen in vielen Entwicklungsländern von Mexiko bis zu den Philippinen, von Zimbabwe bis Haiti eine wichtige Rolle.

Für Investoren aus dem Ausland gilt aber das gleiche, was über inländische Investoren bereits festgestellt worden ist. Sie sind nur bereit, ihr Kapital in den Entwicklungsländern einzusetzen, wenn sie mit angemessenen Erträgen rechnen können. Das setzt eine marktwirtschaftliche Öffnung und ein Mindestmaß an Rechtssicherheit voraus. Da beides in vielen Entwicklungsländern noch immer Mangelware ist, konnten Ungarn und Irland im Jahre 2004 zusammen mehr

---

38 „Big Finance trifft auf Microfinance. Genfer Konferenz zur privaten Vergabe von Kleinstkrediten“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 11. Oktober 2005. Hier böte sich der Entwicklungspolitik ein lohnendes Betätigungsfeld. Die Realität sieht freilich anders aus. Als einer der Gründe für das geringe Interesse von Investoren an Fonds, die sich an Mikrokrediten ausrichten, wurde auf der Genfer Konferenz ironischerweise angegeben, dass solche Anlagefonds in den Geruch kämen, „auf Kosten armer Menschen Gewinne zu erzielen.“ Das ist ein schönes Beispiel dafür wie die „Ökonomie des Herzens“ und politische Korrektheit Marktwirtschaft zugunsten der Armen verhindern.

ausländische Direktinvestitionen anziehen als ganz Sub-Sahara Afrika mit seinen 48 Staaten.<sup>39</sup>

Die UNCTAD vermutet, dass die Mobilisierung von Auslandsinvestitionen für die ärmsten Länder in der absehbaren Zukunft wohl nur bedingt Erfolg versprechend ist. In der Regel sind die Bedingungen in bereits weiter fortgeschrittenen Ländern für Unternehmen aus der Ersten Welt wesentlich attraktiver als in den am wenigsten entwickelten Ländern.<sup>40</sup> Sollte dies tatsächlich zutreffen, wäre es umso wichtiger, die einheimischen Ressourcen zu mobilisieren. Die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, muss ein Anliegen der Entwicklungspolitik sein.

### **These VII: Das Ziel von Entwicklungspolitik ist Entwicklung.**

Diese These sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Länder, die Entwicklungshilfe leisten, haben oft ganz *eigene und eigensüchtige Motive* für ihre Großzügigkeit. Diese Motive haben nicht notwendigerweise etwas mit Entwicklung zu tun. Zu ihnen gehören die Bewältigung von Schuldgefühlen, die mehr an der seelischen Zufriedenheit des Gebers als am Wohlbefinden des Empfängers orientiert ist, und die Kaschierung des eigenen Desinteresses an der oft undankbaren, freilich selbst auferlegten Bürde, den Entwicklungsländern zu helfen. Doch auch handfeste Interessen spielen eine Rolle. Die Bundesrepublik Deutschland hat beispielsweise in den sechziger Jahren Entwicklungspolitik betrieben, um zu verhindern, dass Länder der Dritten Welt die damalige Deutsche Demokratische Republik (DDR) anerkannten. Später, zur Zeit der Wiedervereinigung, sollte die Entwicklungspolitik für die deutsche Einheit ein günstiges internationales Klima schaffen.

Bis zum Ende der achtziger Jahre stand die Entwicklungspolitik weltweit unter dem Vorzeichen des Ost-West-Gegensatzes. Sie sollte dazu beitragen, das Abwandern von Staaten in den Einflussbereich der Sowjetunion zu verhindern. Solche Motivationslagen haben dazu geführt, dass Entwicklungsländer Irrwege vom „afrikanischen“, „asiatischen“ oder „arabischen“ Sozialismus und dem

---

39 United Nations Conference on Trade and Development: World Investment Report 2005. Transnational Corporations and the Internationalization of R&D, New York and Geneva 2005.

40 United Nations Conference on Trade and Development: Economic Development in Africa. Rethinking the Role of Foreign Direct Investment, New York and Geneva 2005. In diesem Bericht werden erneut ein Schuldenerlass und die Verdopplung der Entwicklungshilfe für Afrika als Lösung angeführt (vgl. S. 82/83).

Streben nach Autarkie über internationale Rohstoffabkommen bis zur Politik der Importsubstitution und der Befreiungstheologie, den „Dependencia-Theorien“ oder allerlei Revolutionsmodellen beschreiten konnten, ohne bei den Finanziers dieser Irrwege auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Sozialistische und nationalistische Experimente – fast immer ohne Befragung der Bevölkerung durchgeführt – galten nicht nur als Recht, sondern geradewegs als Pflicht sich progressiv nennender Regime in der Dritten Welt. Darüber bestand bis weit in die achtziger Jahre hinein nicht nur an Orten wie Daressalam, Managua oder New Delhi, sondern auch in Bonn, Paris oder Stockholm weitgehender Konsens. Die *Verehrung und Verteidigung falscher Helden und Modelle* war und ist freilich nicht allein eine Sache fehlgeleiteter Intellektueller, obwohl sie unter diesen besonders grassiert. Sie fand lange Zeit in weiten Teilen von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft und natürlich auch in der „Entwicklungsindustrie“ bis in das bürgerliche Lager hinein Zustimmung, obwohl doch längst erkennbar war, dass der Sozialismus – in den Worten von Hans Magnus Enzensberger – „die höchste Stufe der Unterentwicklung“ darstellt.<sup>41</sup> Auch aus diesem Grund tragen die Zuwendungsgeber eine Mitschuld an der Malaise in Teilen der Dritten Welt. Insofern kann es nur recht und billig sein, dass sie auch an den Kosten der Aufräumarbeiten beteiligt werden.

Doch selbst in der jüngsten Zeit werden immer wieder Gründe und Ziele für die Entwicklungspolitik genannt, die nicht notwendigerweise an der Entwicklung der ärmsten Länder orientiert sind. Hierzu zählt die nicht auszurottende Forderung, dass die Entwicklungshilfe in Form von Aufträgen wieder an die nationale Wirtschaft des Geberlandes zurückfließen muss. Die Entwicklungshilfe soll den Zustrom von Einwanderern nach Europa verhindern. Sie soll – so die jüngsten Varianten – dem internationalen Terrorismus das Wasser abgraben und die Ambitionen bestimmter Länder auf einen Sitz im Weltsicherheitsrat absichern. Wer der Entwicklungshilfe also vorwirft, sie habe zu wenig positive Ergebnisse vorzuweisen, sollte der Ehrlichkeit halber hinzufügen, *dass Entwicklung keineswegs immer und überall das unbestrittene Ziel von Entwicklungspolitik war und ist.*<sup>42</sup> Entwicklungspolitik reflektiert eben immer auch die

---

41 Hans Magnus Enzensberger: Das höchste Stadium der Unterentwicklung, in: Ders.: Nomaden im Regal, a.a.O., S. 163–182.

42 Allerdings ist – insbesondere bei Beiträgen aus der „Entwicklungsindustrie“ – nicht immer klar zu erkennen, ob die Nutzer modischer Argumente zur Begründung erhöhter Finanztransfers wirklich auch glauben, was sie sagen. Oft hat man vielmehr den Eindruck, dass man sich nur zu gerne der jeweils aktuellen Ängste in der Bevölkerung bedient, um die eigene Arbeit und deren Finanzierung zu legitimieren. Tatsächlich fällt es geübten Antragstellern etwa nicht schwer, praktisch jedwede entwicklungspolitische Maßnahme als Beitrag zur Terrorismusbekämpfung darzustellen.

innenpolitische Situation bei den Zuwendungsgebern und deren wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Das ist nicht grundsätzlich verwerflich, wird aber in entwicklungspolitischen Reden und Positionspapieren meist weder ausgesprochen noch reflektiert.

Doch auch diejenigen, die in den Industrieländern als Teil der „Entwicklungsindustrie“ für die Konzeption und Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit Verantwortung tragen, können sehr wohl ungeachtet der Qualität ihrer Tätigkeit und ihrer oft moralisch anspruchsvollen Ziele *eigene und eigensüchtige Motive* verfolgen. Das simpelste Motiv besteht darin, dass die verschiedenen Institutionen, Organisationen und staatlichen Stellen sich selbst erhalten wollen. Zudem geht es den meisten darum, ihre jeweils spezifischen Anliegen, sei es die Armutsbekämpfung, die politische Bildung, die Nothilfe, die jeweilige Version von „sozialer Gerechtigkeit“ oder den Umweltschutz vorrangig durchzusetzen. Entwicklungsländer werden so leicht zur Projektionsfläche der eigenen Überzeugungen. Neben materiellen haben Teile der „Entwicklungsindustrie“ eben auch ideelle Interessen. Beides muss nicht notwendigerweise mit den Interessen oder den Wünschen der Entwicklungsländer und der in ihnen lebenden Menschen deckungsgleich sein.

Auch hier gibt es aus liberaler Sicht keine grundsätzlichen Vorbehalte, gehört doch die Vielfalt der unterschiedlichen Interessen und deren Vertretung im Wettbewerb mit anderen Interessen zu einer der Grundlagen der Marktwirtschaft und der liberalen Demokratie. Ohne sie ist eine funktionierende Bürgergesellschaft gar nicht denkbar. Problematisch ist nur, dass solche Eigeninteressen kaum je offen gelegt und damit zum Thema der Diskussion gemacht werden. Erschwerend kommt hinzu, dass sich große Teile der „Entwicklungsindustrie“ öffentlicher Mittel bedienen, deren Verwendung freilich jenseits der Herausgabe von Selbstdarstellungsbroschüren weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Für den durchschnittlichen Steuerzahler in den Industrieländern lohnen die ihm persönlich aus der Entwicklungszusammenarbeit entstehenden, vergleichsweise geringen Kosten ohnehin den Informationsaufwand zur Einarbeitung in entwicklungspolitische Themen nicht. Es ist für ihn *rational*, von Entwicklungspolitik wenig zu wissen und dieses Feld den Fachleuten zu überlassen.<sup>43</sup> Letztere sind aber meist zugleich Nutznießer der Entwicklungshilfe. Folglich kann mit einer breiten und ergebnisoffenen Diskussion über die sinnvolle oder unsinnige Verwendung öffentlicher Mittel in der Entwicklungspolitik kaum gerechnet werden.

---

43 Die These von der „rationalen Ignoranz“ der Wähler ist ein zentraler Bestandteil der „Public Choice Theory“. Vgl. Gordon Tullock/Arthur Seldon/Gordon L. Brady: Government Failure. A Primer in Public Choice, Washington 2002, v.a. S. 35 ff.



## These VIII: Solidarität mit den Entwicklungsländern besteht darin, Geld zu verteilen.

Viele Menschen in den Entwicklungsländern sind arm und leiden Not. Das ruft verständlicherweise Mitleid bei denen hervor, denen es besser geht, und ermutigt sie zur *Solidarität*. Dass das Schicksal der Armen diejenigen, die wohlhabend sind, nicht gleichgültig lässt, ist Ausdruck von Verantwortungsbewusstsein und Humanität. Beides sind Eigenschaften, die Liberalen von jeher besonders wichtig sind. Doch Altruismus, Sympathie, Mitleid und Verantwortungsbewusstsein für den Nächsten sind knappe Güter und nicht beliebig zu mobilisieren. Man muss deshalb mit ihnen besonders sorgsam umgehen. Andernfalls produziert man Zynismus gegenüber Hilferufen und Abschottung gegenüber Hilfsbedürftigen.

Im Grundsatz spricht natürlich überhaupt nichts gegen Solidarität mit denen, denen es schlechter geht. Im Gegenteil: richtig verstandene Solidarität, die darauf abzielt, Menschen aus Abhängigkeit und Unmündigkeit herauszuführen, und die sich für mehr persönliche Freiheit einsetzt, verdient Respekt. Falsch verstandene Solidarität, die Abhängigkeiten und Unmündigkeit verstärkt und Freiräume einschränkt, leistet aber Fehlentwicklungen Vorschub. Man hilft anderen eben nicht, wenn man ihnen Unterstützung gewährt, sie zugleich aber vor den Herausforderungen des Lebens schützt. Man gibt ihnen vielmehr einen Anreiz, sich weiterhin falsch zu verhalten.<sup>44</sup>

Wer den Menschen in der Dritten Welt wirklich helfen will, einen Ausweg aus Not, Elend und Unfreiheit zu finden, tut ihnen mit reiner Fürsorge keinen Gefallen. Entscheidend ist vielmehr, dass man auf die Veränderung der Rahmenbedingungen hinwirkt, die Menschen zu Unfreiheit und zu Armut verdammen. Wer dagegen nur Not leichter erträglich machen will und über Elend und Leid nur klagt, statt sie zu beseitigen, betrachtet eher die Symptome als die Ursachen von Armut und Unterentwicklung. Er zementiert damit oft gewollt oder ungewollt den Status quo. Das ist das Grundproblem der „*Ökonomie des Herzens*“<sup>45</sup>. Sie war immer schon zugleich der beste Verbündete und der größte Feind der Entwicklungsländer. Als bester *Verbündeter* der Dritten Welt hat die „*Ökonomie des Herzens*“ dazu beigetragen, dass die Finanztransfers in die Entwicklungsländer seit Jahrzehnten anhalten. Aber als ihr *größter Feind*

44 Grundlegend hierzu etwa Erich Weede: *Mensch, Markt und Staat. Plädoyer für eine Wirtschaftsordnung für unvollkommene Menschen*, Stuttgart 2003.

45 Den Ausdruck „*Ökonomie des Herzens*“ habe ich übernommen von Horst Siebert: *Der Kobra-Effekt. Wie man Irrwege der Wirtschaftspolitik vermeidet*. Stuttgart und München 2002, S. 243. Siebert bezieht sich allerdings auf die deutsche sozialpolitische Debatte.

hat die „Ökonomie des Herzens“ daran mitgewirkt, dass in vielen Entwicklungsländern Irrtümer und Irrwege viele Jahre mit finanzieller Hilfe von außen fortgesetzt werden konnten. Die Medien transportieren unentwegt Bilder von Hungersnöten, Bürgerkriegen, Naturkatastrophen, Flüchtlingseleid oder HIV/Aids-Kranken in die Wohnzimmer Europas und Nordamerikas. Sie wecken damit zugleich Mitleid und befriedigen Sensationslust. Das fördert zwar einerseits die private und öffentliche Spendenbereitschaft, hat zugleich aber auf potenzielle Investoren eine abschreckende Wirkung und zementiert bei den Empfängern von Hilfe die Opfermentalität.

So kann am Ende eine *falsch verstandene Solidarität* mit der Dritten Welt ungeachtet der oft ins Feld geführten noblen Motive paradoxerweise dazu beitragen, dass Menschen arm bleiben. *Falsch verstandene Solidarität* sieht die Menschen in den Entwicklungsländern in erster Linie als Hilfsbedürftige und Hilflose und als Objekte der eigenen Barmherzigkeit. Trotz aller anders lautenden Beteuerungen sind viele Wohltäter im Grunde davon überzeugt, dass die Armen in der Dritten Welt unfähig sind, sich selbst zu helfen und fürsorglich belagert werden müssen. Das ist kein Zufall, denn bei der „Ökonomie des Herzens“ ist das *moralische Wohlbefinden des Gebers* mindestens ebenso wichtig wie die Bedürfnisse des Empfängers. Es geht dann um die Befriedigung von Mitleids-, und Schuldgefühlen, aber auch von Paternalismus und Arroganz gegenüber Menschen, denen es schlechter geht.

Der Leitsatz der Liberalen lautet dagegen: Wer den Entwicklungsländern helfen will, braucht kein heißes Herz und kein volles Portemonnaie, sondern einen *klaren Verstand und ein Mindestmaß an Wissen um ökonomische Zusammenhänge*.

## **These IX: Wer laut von „Armutsbekämpfung“ redet, hilft den Armen.**

Noch nie ist weltweit so viel über die Bekämpfung von Armut geredet worden wie heute. Ein Aufruf des Stichworts „poverty“ auf der Suchmaschine „Google“ ergab an einem zufällig ausgesuchten Tag 210 Mio. Einträge. Selbst die Kopplung der Begriff „poverty“ und „reduction“ kam noch auf stolze 38 Mio. Nennungen.<sup>46</sup>

Armutsbekämpfung ist mittlerweile das zentrale Thema und das oberste Ziel praktisch aller staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, die sich mit ent-

---

46 [www.google.com](http://www.google.com). Datum der Abfrage war der 8. Juni 2006.

wicklungspolitischen Fragen befassen. Aber rückt mit dem ständigen Reden über Armutsbekämpfung ein Ende der Armut auf unserem Planeten wirklich näher? Zweifel sind aus liberaler Sicht als angebracht.

Die Vereinten Nationen haben im Jahre 2000 – wie bereits in der Einleitung erwähnt – acht „*Millennium Development Goals*“ (MDGs) beschlossen. Das erste Ziel lautet, dass bis zum Jahre 2015 der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung halbiert werden soll. Als „arm“ gilt dabei, wer weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung hat.<sup>47</sup> Im Grunde geht es also nicht um Armut, sondern um *extreme Armut*. Derjenige, den staatliche Stellen in Deutschland als „arm“ bezeichnen, würde kaum zur Zielgruppe der MDGs gehören. Die Armutsgrenze in Deutschland liegt nämlich nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bei 938 Euro pro Kopf und Monat, also bei mehr als 30 Euro am Tag. Der Statistiker Walter Krämer stellt deshalb mit Blick auf die Armutsbekämpfung fest: Wer über 900 Euro im Monat verfüge, sei „in Kalkutta ein Krösus, in Hamburg aber arm“.<sup>48</sup>

Doch selbst wenn man solche Verzerrungen ignoriert, die sich aus dem von den Vereinten Nationen gewählten absoluten Armutsbegriff ergeben, bleiben noch ausreichend Ansatzpunkte für Kritik. So gelten nach landläufiger Überzeugung große Teile der Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern pauschal als arm. In der Wirklichkeit bestehen aber erhebliche wirtschaftliche, soziale und mentale Differenzen zwischen Subsistenzbauern in abgelegenen und unwegsamen Regionen, die noch kaum in die Geldwirtschaft einbezogen sind, sich und ihre Familien aber meist selbst ernähren können, schlecht bezahlten Farmarbeitern, die oft wenigstens ein Mindestmaß an paternalistischer Fürsorge genießen, Aidswaisen und Bürgerkriegsflüchtlingen, die gerade erst in die Slums am Rande der Großstädte gezogen sind und von Bettelei und Almosen leben, Stadtbewohnern, die keinen festen Arbeitsplatz finden und von Gelegenheitsjobs abhängen oder allein erziehenden Müttern, die von den Vätern ihrer Kinder nicht unterstützt werden. Solche unterschiedlichen Gruppen und noch viele andere, die wenig mehr als ihr geringes Geldeinkommen verbindet, werden unter dem gängigen Armutsbegriff subsumiert und gemeinsam zur Zielgruppe der Entwicklungshilfe deklariert.

Trotz solcher definitorischer Unschärfen ist natürlich die Bekämpfung der Armut ebenso notwendig wie vernünftig. Wer wird etwas dagegen haben, wenn

---

47 Vgl. [www.un.org/millenniumgoals/](http://www.un.org/millenniumgoals/)

48 Walter Krämer: Vom trügerischen Glauben an die „harten Fakten“. Die Statistik ist oft mehr ein Zerr- als ein Spiegelbild, in: Neue Zürcher Zeitung vom 24./25. September 2005.

in absehbarer Zukunft weniger Menschen arm sind? Der *Liberalismus* zeigt seit mehr als zwei Jahrhunderten eindrucksvoll, wie man Menschen aus Armut, Unmündigkeit und Unwissenheit befreit.<sup>49</sup> Nicht das Ziel, Armut zu beenden, ist fragwürdig, sondern die Fixierung der entwicklungspolitischen Debatte auf eine bestimmte Sicht von Armut und auf manche der zu ihrer Bekämpfung vorgelegten Rezepte.

Zunächst stellt sich die Frage, ob die Entwicklungshilfe überhaupt ein geeignetes Mittel sein kann, um die auf internationalen Gipfeln formulierten ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Das gilt schon angesichts der bereits erwähnten, gemessen an den Zielen und Bedürfnissen *bescheidenen Höhe der Entwicklungshilfe*. So belief sich im Jahre 2003 die Entwicklungshilfe der OECD-Staaten für Benin auf 22,41 US-Dollar pro Kopf und Jahr, für Guatemala auf 20,60 US-Dollar, obwohl beide Staaten zu den schwer verschuldeten armen Ländern (Heavily Indebted Poor Countries - HIPC) gehören, die in der Entwicklungspolitik besondere Aufmerksamkeit genießen. Im Falle der nicht in diese Gruppe fallenden Philippinen betrug die Hilfe sogar nur 9,21 US-Dollar pro Kopf und Jahr. Selbst wenn die Hilfe an die armen Länder tatsächlich in den kommenden Jahren verdoppelt werden sollte, stünden für jeden Bürger in Benin durchschnittlich nur 44,42 US-Dollar Entwicklungshilfe im gesamten Jahr zu Verfügung. Falls die Erfolge bei der Bekämpfung von Armut in Relation zum Umfang der eingesetzten Mittel stehen sollten, stellt sich automatisch die Frage, ob derartig geringe Beträge ausreichen, um die Armut zu bekämpfen oder gar zu beseitigen.<sup>50</sup>

Bezeichnenderweise geben auch Vertreter der Armutsbekämpfung offen zu, dass Fortschritte bei der Armutsbekämpfung bis zum Jahre 2015 in erster Linie in Ost-, Südost- und Südasien stattfinden werden. Das aber sind genau die Länder, wo nicht Entwicklungshilfe, sondern marktwirtschaftliche Reformen zu hohem Wirtschaftswachstum und damit zu steigendem Wohlstand geführt haben und führen. In Afrika, wo die Entwicklungshilfe eine herausragende Rolle spielt, wird dagegen zwischen 2000 und 2015 lediglich ein Rückgang des Anteils der Armen von 47,4% auf 46% erwartet. Das würde bedeuten, dass - wegen des gleichzeitigen Bevölkerungswachstums - im Jahre 2015 deutlich mehr Menschen als im Jahre 2000 arm sein werden (404 Mio. Menschen gegenüber 241 Mio.)<sup>51</sup> Es führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass den Löwenanteil

49 Vgl. Carlos Alberto Montaner. *La libertad y sus enemigos*, Buenos Aires 2005, S. 165ff.

50 Daten selbst errechnet auf der Grundlage von OECD: *Statistical Annex of the 2004 Development Co-operation Report*, vgl. [www.oecd.org/dataoecd/52/12/1893167.xls](http://www.oecd.org/dataoecd/52/12/1893167.xls)

51 Vgl. „Mehr Wachstum dank Exporten in Afrika. Keine nennenswerte Verringerung der Armutsquote“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27. Mai 2004.

der Anstrengungen zur Beendigung von Armut *die betroffenen Länder* selbst zu leisten haben. Die Entwicklungshilfe kann schon aus quantitativen Gründen nicht mehr als eine *flankierende Rolle* spielen. In der internationalen Debatte um die Höhe der Entwicklungshilfe wird aber immer wieder der gegenteilige Eindruck erweckt.

Ohnehin geht es Liberalen bei den von ihnen eingeleiteten Maßnahmen nicht notwendigerweise zu allererst darum, Armut zu bekämpfen. Im Mittelpunkt ihrer Vorschläge steht vielmehr die *Mehrung des Wohlstands*. Dazu bedarf es eines *hohen Wirtschaftswachstums*. Die Vereinten Nationen nennen in ihrer Millenniums-Erklärung zwar acht Ziele und 18 Zielvorgaben von der Erhaltung der Umwelt über die Reduzierung der Kindersterblichkeit bis zur Gleichberechtigung. Die Worte Wachstum und Wohlstand tauchen aber unter den Zielen und Zielvorgaben nicht auf. Die Forderung nach mehr Wohlstand ist aber für viele in der von der „Ökonomie des Herzens“, sozialdemokratischen Gleichheitsidealen, Aposteln des Umweltschutzes und ganz allgemein von Pessimismus, wenn nicht gar Feindschaft gegenüber der Marktwirtschaft geprägten entwicklungspolitischen Debatte offensichtlich ein Tabu. Von „Armutsbekämpfung“ zu reden ist dagegen politisch korrekt.

Seit kurzem sprechen Entwicklungspolitiker und internationale Organisationen noch lieber von einem maßgeschneiderten „Wachstum für die Armen“ (pro-poor growth), weil vom Wachstum angeblich meist vor allem die Reichen profitieren. Dem liegt nicht nur die Annahme zu Grunde, dass man sich sein Wachstum nach politischen Kriterien zurechtschneiden und beliebig gestalten kann, sondern widerspricht auch empirischen Untersuchungen. Langzeituntersuchungen der Weltbank haben ergeben, dass *grosso modo* mit jedem Prozent Wirtschaftswachstum in der Welt auch das Einkommen der Armen um ein Prozent wächst.<sup>52</sup>

Die Unzufriedenheit mit den Auswirkungen von Wirtschaftswachstum auf die Armutsbekämpfung resultiert bei genauer Hinsicht oft weniger daraus, dass die Armen nicht genug profitieren, sondern aus der *Abneigung vieler gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Wohlstandsgewinnen der Reichen*. Dass in Ländern mit hohen Wachstumsraten die Einkommensdisparitäten und damit die soziale Ungleichheit wachsen könnte, bereitet manchen Beobachtern große Sorgen. Tatsächlich wird man in einer Marktwirtschaft kaum verhindern können, dass sich einzelne Landesteile, Bevölkerungsgruppen und Individuen unterschiedlich schnell und in unterschiedlichem Ausmaß auf neue Heraus-

---

52 Zit. nach Johan Norberg: *Globalisation and the Poor* (Friedrich-Naumann-Stiftung Occasional Paper 1). Potsdam 2004, S. 6.

forderungen einstellen. So zeigt etwa eine Untersuchung der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), dass Indien und China sehr unterschiedliche Wege gegangen sind, um Wirtschaftswachstum zu fördern. Beide Länder weisen beeindruckende Erfolge in der Armutsbekämpfung auf, doch ringen sie damit, dass gerade wegen der Entwicklungserfolge die verbleibende Armut umso bedrückender wirkt und nicht alle Gruppen in der Bevölkerung in gleichem Maße an der Aufwärtsentwicklung teilhaben.<sup>53</sup>

Wenn trotz hohem Wirtschaftswachstum in manchen Ländern die Zahl der Armen nur wenig sinkt, liegen dem meist hausgemachte, in der Regel von der Politik verursachte Fehler zu Grunde. So vernachlässigen Regierungen in der Dritten Welt zum Beispiel oft die Landwirtschaft oder bestimmte Regionen. Man denke nur an die in vielen Ländern übliche Kontrolle der Agrarpreise – meist zu Lasten der Produzenten – oder die wenig Anreize schaffenden Eigentumsverhältnisse auf dem Land. Politiker benachteiligen die Angehörigen mancher Bevölkerungsgruppen oder schützen etablierte Interessen. Der Einkommenszuwachs kommt dann überdurchschnittlich der (haupt-)städtischen Bevölkerung oder der Elite zugute.<sup>54</sup> Die Lösung für solche Ungleichgewichte kann nur darin bestehen, den Wettbewerb zu stärken und marktfeindliche Vorschriften und Praktiken abzuschaffen, nicht aber im Verzicht auf Wachstum oder im Glauben an ein vermeintliches Designerwachstum vom grünen Tisch.

*Priorität für Armutsbekämpfung oder Priorität für Wirtschaftswachstum:* Das ist kein bloßer semantischer Unterschied. Eine Politik, die auf Wachstum ausgerichtet ist, sieht anders aus als eine Politik, die vorrangig auf die Beseitigung von Armut abzielt. Letztere *kann* natürlich aus liberaler Sicht sinnvolle Maßnahmen wie die Reform des Schulsystems und die Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung einschließen. Erfahrungsgemäß liefert das Stichwort Armutsbekämpfung aber häufig den *Vorwand für Maßnahmen zur Umverteilung und zur Abschaffung oder Einschränkung des Marktes*. Falsch verstandene Armutsbekämpfung setzt auf staatliche Sozialtransfers, auf mehr Vorschriften und mehr Bürokratie, obwohl gerade das den Armen mit Unternehmungsgeist und Klein- und Kleinunternehmen das Leben schwer macht.<sup>55</sup> Unternehmertum und Privatinitiative werden in einer solchen falsch verstandenen Form von „Armutsbekämpfung“ zwar meist als notwendiges Übel

---

53 United Nations Conference on Trade and Development: Trade and Development Report. 2005, New York and Geneva 2005, S. 30 ff.

54 Vgl. das Beispiel Indien: „Anhaltend rasantes Wachstum in Indien. Nur der Reformstau verdüstert das helle Konjunkturild“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Oktober 2005.

55 Vgl. hierzu grundlegend Ludwig von Mises: Die Bürokratie, Sankt Augustin 1997 (Klassiker der Freiheit 3).

geduldet, weil selbst die leidenschaftlichsten Etatisten die Vorteile der Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert nicht mehr länger leugnen können. Gleichwohl müssen sich Unternehmer allerorten nach wie vor gegen Populismus, Neid und Unwissen wehren. Noch zu häufig gelten Unternehmer pauschal als verdächtig und als Störfaktoren auf dem Weg zu einer bestimmten Sichtweise von „sozialer Gerechtigkeit“. Marktwidrige Eingriffe sind bei einer falsch verstandenen Form der „Armutsbekämpfung“ keine bedauerliche Begleiterscheinung oder Betriebsunfälle, sondern im Gegenteil *unverzichtbare Instrumente staatlichen Handelns*. Eine liberale Politik, die auf Wachstum setzt, verlangt dagegen gerade die Eindämmung marktwidriger Eingriffe und den Abbau von Bürokratie und staatlichen Eingriffen.

Auch der Blick auf die Erfahrung anderer Länder mahnt zu großer Vorsicht gegenüber staatlich geplanter Armutsbekämpfung. Als sich die Volksrepublik China zu Beginn der achtziger Jahre für marktwirtschaftliche Reformen öffnete, hat sie in erster Linie auf die Mehrung des Wohlstands durch hohe wirtschaftliche Wachstumsraten gesetzt. Ähnliches galt zuvor für viele andere Länder. Wo Fürsten in früheren Jahrhunderten in Europa der privaten Initiative mehr Freiraum gaben, taten sie das nicht, um den Armen zu helfen, sondern um ihre Einnahmen zu erhöhen, also aus Eigennutz. Auch Unternehmer sind normalerweise keine Philanthropen. Wenn sie Firmen und Fabriken gründen, geschieht dies in der Regel nicht, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um Gewinne zu erzielen, also *um des schnöden Profits willen*. Der durch private Initiative hervorgerufene und eigentlich zur individuellen Bereicherung angestrebte Wohlstand der Eigentümersmehrheit erweist sich dann freilich rasch, wengleich oft unbeabsichtigt, als das beste Mittel zur Beseitigung von Armut. So gilt für die Armutsbekämpfung das, was John Stuart Mill über die Suche nach dem Glück geschrieben hat: der sicherste Weg, nicht glücklich zu werden, besteht darin, ständig das eigene Glück als höchstes Ziel anzustreben. Glück stellt sich nach Mill vielmehr als – in der Regel unbeabsichtigte – Folge anderer Bestrebungen ein.<sup>56</sup>

Schließlich teilen Liberale auch nicht die Problemanalyse, die der internationalen Fokussierung auf die Armutsbekämpfung zu Grunde liegt. Aus liberaler Sicht ist das Problem der meisten Entwicklungsländer nicht die Armut, sondern *der Mangel an Freiheit und die Unmündigkeit* weiter Teile der Bevölkerung. Sie sind in den Ländern, die nicht von Kriegen, Bürgerkriegen und Hungersnöten heimgesucht werden, die *entscheidende Ursache* von Armut. *Armut ist das*

---

56 Vgl. Gerhard Schwarz: Geld (allein) macht nicht glücklich – aber der Staat erst recht nicht, in: Neue Zürcher Zeitung vom 15./16. April 2006.

*Ergebnis von Unfreiheit und Unmündigkeit. Wer Armut beseitigen will, muss daher Unfreiheit und Unmündigkeit beseitigen.*

Dabei geht es nicht allein darum, dass selbst die Entwicklungsländer, die dem Namen nach demokratisch sind, noch weit von einer „liberale Demokratie“ entfernt sind, in der die Rechte der Bürger geachtet werden. Für Unfreiheit können kulturelle Faktoren und Traditionen ebenso verantwortlich sein wie eine falsch verstandene Entwicklungspolitik, die trotz aller anders lautenden Erklärungen Arme zu Fürsorgeempfängern degradiert, sie demotiviert und entmündigt und so Abhängigkeiten verstärkt. Vor allem aber herrscht in den meistens Ländern der Dritten Welt trotz einiger Verbesserungen nach wie vor ein Mangel an Freiheit bei der wirtschaftlichen Betätigung und beim Erwerb und bei der Nutzung von Eigentum.

Marktwirtschaft und Rechtsstaat werden zwar mittlerweile auch in den Reden von Politikern aus Entwicklungsländern beschworen, doch sieht die Praxis meist traurig aus. Fast überall dominieren die Interessen der *Besitzstandswahrer aller Schattierungen*: traditionelle Herrscher und Großgrundbesitzer, Gewerkschaftsführer und Parteifunktionäre, Militärs und Inhaber von Monopolen, kriminelle Banden und Schmuggler, Bürokraten und linke oder nationalistische Intellektuelle: was immer diese Gruppen sonst auch trennen mag, wenn es um den Schutz der eigenen Vorteile vor den Ansprüchen der Armen geht, ist jeder privilegierten Gruppe der Griff zum Protektionismus und der Ruf nach dem Staat nur recht und billig. Wettbewerb, offene Märkte und ein jederzeit einklagbares und für alle gleiches Recht sind für die Mächtigen schon immer Teufelszeug gewesen, weil sie den Armen die Chance eröffnen, selbst aus der Misere herauszufinden, ohne auf die „Fürsprache“ und „Fürsorge“ von selbsternannten Patronen angewiesen zu sein. Die Besitzstandswahrer wissen, „dass sie mit jeder einzelnen Angelegenheit, die sie dem Markt überlassen, an Verfügungsanspruch und Weisungsmacht über die Menschen verlieren. Deshalb ist ihnen mehr Marktwirtschaft in der Welt ...ein Gräuel.“<sup>57</sup>

Nach einer Studie der Weltbanktochter International Finance Corporation aus dem Jahre 2005 gehörten alle zehn Länder, bei denen es weltweit am schwierigsten war, eine Firma zu gründen, zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder. In Frankreich musste ein Unternehmer 368 US-Dollar für die Registrierung einer neuen Firma ausgeben, im bettelarmen Niger waren dagegen 1.025 US-Dollar und in Kambodscha 1.529 US-Dollar erforderlich. Im

---

57 Roland Baader: Das Kapital am Pranger. Ein Kompass durch den politischen Begriffsnebel, Gräfin 2005, S. 169



Durchschnitt muss ein kanadischer Unternehmer ein Prozent seines Jahreseinkommens ausgeben, um eine neue Firma registrieren zu lassen, ein Unternehmer im Tschad dagegen 344%.<sup>58</sup> Wer außer den ohnehin Reichen und Mächtigen wird im Tschad also eine legale Firma gründen? Der oft unvermeidliche Weg in den *informellen* Sektor hat seinen Preis wie Hernando de Soto eindrucksvoll nachgewiesen hat. Wenn ein Unternehmen keinen Rechtsstatus hat, dann erhält es von Banken keinen Kredit und vom Staat und von den internationalen Entwicklungsagenturen keine Aufträge. Es ist den Erpressungsversuchen von Bürokraten und Kriminellen ausgesetzt und kann keine rechtlich abgesicherten Geschäfte mit anderen durchführen.<sup>59</sup> Natürlich zahlt man auch keine Steuern, braucht sich nicht um Sozialgesetze kümmern und kann Umweltauflagen, Quotenregelungen und Antidiskriminierungsgesetze ignorieren. Aber am Ende zeigt ein Blick auf die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, dass der Verzicht auf Rechtssicherheit für den Einzelnen und für die Volkswirtschaft teuer ist.

Aus liberaler Sicht gilt: Unterentwicklung fällt nicht vom Himmel, sondern hat von Menschen geschaffene Ursachen. Sie ist auch nicht darauf zurückzuführen, dass es vielerorts angeblich bereits zu viel Marktwirtschaft geben soll und Armut ein Zeichen für Marktversagen ist. *Nicht der Markt versagt in den meisten Entwicklungsländern, sondern den Armen wird der Eintritt in die Marktwirtschaft von den Besitzstandswahrern aller Schattierungen systematisch versagt.* Es ist ein besonders trauriges Kapitel der Entwicklungspolitik, dass ein großer Teil der „Entwicklungsindustrie“ den Nutznießern alter Machtstrukturen durch die ständige Rhetorik gegen Marktwirtschaft, gegen Privatisierung, Deregulierung und die Stärkung der Eigenverantwortung, ob freiwillig oder unfreiwillig, wissentlich oder unwissentlich Hilfestellung leistet.

In dem von der Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen mit anderen Organisationen herausgegebenen jährlichen Bericht zum „Stand der wirtschaftlichen Freiheit in der Welt“ oder auch auf dem „Freiheitsindex“ der amerikanischen Heritage Foundation befinden sich bezeichnenderweise fast alle am wenigsten entwickelten Länder auf den hinteren und hintersten Plätzen.<sup>60</sup> Viele Jahrzehnte

---

58 International Finance Corporation/The World Bank: Doing Business 2005. Removing Obstacles to Growth, Washington 2005, S.19 und S. 21.

59 Hernando de Soto: The Mystery of Capital, a.a.O.

60 Auf dem „2006 Index of Economic Freedom“ der Heritage Foundation liegen von den bewerteten Ländern 24 der 34 am wenigsten entwickelten Ländern auf den Plätzen 100 ff. Lediglich die Kapverdischen Inseln (Platz 46) und Madagaskar (Platz 52) heben sich wohl-tuend ab, ohne über Plätze im Mittelfeld hinauszukommen. Neben diesen beiden Staaten fallen nur noch Uganda und Kambodscha unter den am wenigsten entwickelten Ländern in die Kategorie „mostly free“. Vgl. [www.heritage.org/research/features/index/countries/cfm](http://www.heritage.org/research/features/index/countries/cfm)

lang hat gerade Afrika unter einem „Wachstumsdesaster“ (William Easterly) gelitten. Das wird bei einem Blick auf die geschilderten Daten verständlich. Wenn derzeit nach Untersuchungen in Afrika 36,7% aller Beschäftigten in der Schattenwirtschaft tätig sind (Asien: 20 %) und der Anteil der Schattenwirtschaft am afrikanischen Bruttonsozialprodukt 41,2% beträgt, dann zeigt das, welche Probleme die Bürger nach wie vor mit zahllosen wirklichkeitsfernen staatlichen Vorschriften und der grassierenden Korruption auf dem Kontinent haben.<sup>61</sup>

Die Schattenwirtschaft macht aber auch deutlich, wie findig manche Armen sind, wenn es darum geht, eine „kapitalistische Graswurzel-Revolution“ gegen „kleptokratische Herrscher und ihre Bürokratien“ in Gang zu setzen.<sup>62</sup> Längst zeigen junge Unternehmer in den Elendsvierteln Afrika, Asiens und Lateinamerikas, dass sie nicht länger auf den Staat oder wohlwollende Politiker warten wollen. Längst haben die sog. asiatischen Tigerstaaten bewiesen, dass der Weg aus Armut, Elend und Knechtschaft kein Privileg von Weißen ist. Wo sich freilich Unternehmungsgeist wirklich zu voller Größe entfalten soll, müssen die erforderlichen *Rahmenbedingungen* gegeben sein.

Menschen benötigen, ob in Nordamerika oder Südamerika, Afrika oder Europa *Anreize und Chancen*. „*Anreize*“ bedeutet, dass die Armen die Gewissheit haben, dass der Ertrag dessen, was sie erarbeiten, auch tatsächlich in ihrer Tasche bleibt. Niemand darf ihnen nehmen, was sie selbst erarbeitet haben und was ihnen gehört. Sie selbst dürfen zudem darüber entscheiden, wofür sie ihr Geld einsetzen wollen. „*Chancen*“ bedeutet, dass derjenige, der seine Lebenssituation verbessern will, das auch tatsächlich unter den gegebenen politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Bedingungen kann und darf. An beidem, an den Anreizen und den Chancen, hapert es nach wie vor in weiten Teilen der Welt.

Im Übrigen geht es natürlich nicht darum, dass alle Armen zu Unternehmern werden können, wenn nur die richtigen Anreize und Chancen vorhanden sind. Nicht alle Menschen haben die Befähigung und den Willen zur Übernahme von unternehmerischer Verantwortung. Aber unter den vielen heute noch Armen in den Entwicklungsländern gibt es mit Sicherheit eine ausreichende Zahl von

---

61 Vgl. Friedrich Schneider/Robert Klinglmaier: *Public Policy and the Shadow Economy. The Impact of Taxation, Regulation and Welfare on Economic Activity and Labour: Lessons for South Africa*, Sandton/Johannesburg 2004.

62 Dirk Maxeiner/Michael Miersch: *Ist die Linke noch links? Der Abschied von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit*, Berlin 2005 (Friedrich-Naumann-Stiftung: Position Liberal), S. 14.

Personen, die unter besseren Bedingungen den Weg in die Selbstständigkeit und das Risiko gehen würden, statt noch länger in Not und Abhängigkeit zu verharren. Wenn es gelänge, dieses Potential zu aktivieren, würden auch Arme mit wenig oder keinem unternehmerischen Talent neue Beschäftigungschancen erhalten.

Am Ende führt kein Weg an der simplen Erkenntnis vorbei: *Armutsbekämpfung ohne Marktwirtschaft, ohne mehr Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung und ohne die Ausweitung und den Schutz von Eigentumsrechten wird nicht funktionieren.*

### **These X: Entwicklungspolitik darf nationale Identitäten und fremde Kulturen nicht antasten.**

Niemand wird bestreiten, dass Entwicklung auch von kulturellen Faktoren abhängt. Wer die in einer Gesellschaft gängigen Verhaltensmuster, Mentalitäten, Wertesysteme oder Traditionen ignoriert, wird mit Entwicklungsprojekten ebenso wenig Erfolg haben wie ein Unternehmer, der ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse seiner Kundschaft Waren verkaufen will. Erfolg verlangt auch immer die Kenntnis der lokalen Märkte und der Gepflogenheiten und Denkschemata vor Ort.

Schon im Jahre 1945 hat Wilhelm Röpke vor der Illusion einer „lückenlosen Okzidentalisation“ der Erde durch „Ausbreitung einer weltbeherrschend gewordenen Kulturform, der abendländischen“ gewarnt.<sup>63</sup> Umgekehrt muss mittlerweile aber vor einer modisch gewordenen Überbetonung des Respekts vor kulturellen Besonderheiten und angeblich schutzbedürftigen nationalen Identitäten gewarnt werden. Es ist offenkundig, dass wenig entwicklungsfördernde Faktoren in „fremden Kulturen“, etwa die religiös begründete Diskriminierung von Frauen, nicht aus falsch verstandener kultureller Sensibilität sakrosankt sein dürfen. Wenn kulturelle Faktoren zur Missachtung der Menschenrechte führen, Armut verewigen, ganzen Bevölkerungsgruppen die Chance auf ein besseres Leben verwehren oder die Bekämpfung von Krankheiten blockieren, dürfen sie nicht einfach ergebnislos hingenommen werden. Um es drastisch zu sagen: Aberglaube ist für Liberale ebenso wenig ein schützenswertes Gut wie die Verfolgung von Homosexuellen oder die Abtreibung weiblicher Föten. Manche angeblichen kulturellen Besonderheiten sind ohnehin in erster Linie

---

63 Wilhelm Röpke: Internationale Ordnung - heute, Bern und Stuttgart, 3. Auflage 1979, S. 320.

das Ergebnis wirtschaftlicher und sozialer Rückständigkeit.<sup>64</sup> Vorsicht ist auch angebracht, wenn sich politische Entscheidungsträger zur Begründung ihrer Machtansprüche auf kulturelle Faktoren oder nationale Identitäten berufen. Schon immer waren Diktatoren und Populisten besonders erfindungsreich, wenn es darum ging nachzuweisen, dass für *ihre* Untertanen die liberale Demokratie und die Marktwirtschaft nicht taugen. In Wirklichkeit geht es ihnen darum zu verhindern, dass *etablierte Machtstrukturen und Privilegien* in Frage gestellt werden.

Der Respekt vor fremden Kulturen darf nicht zum *Kulturrelativismus* und zur Beliebigkeit führen, dem alles gleich gut und teuer ist. Schon immer war die Dritte Welt für viele in Europa und Nordamerika eine Projektionsfläche eigener Ängste und Sehnsüchte.<sup>65</sup> Doch der Umgang mit fremden Kulturen sollte nicht als Ventil für die Unzufriedenheit mit der eigenen Zivilisation und dem eigenen Leben dienen. Es kann nicht darum gehen, die Menschen in den Entwicklungsländern vor der angeblichen Wurzellosigkeit und dem behaupteten „Kosmopolitismus“ des Westens zu schützen. Es geht nicht an, ihnen im Sinne der alten These von den „noblen Wilden“ das zu verwehren, was für Menschen in den Industrieländern selbstverständlich ist, vor allem das Recht auf ein „selbstbestimmtes Leben in Freiheit“<sup>66</sup> oder das Recht auf ein individuelles Lebensglück und Daseinsfreude.<sup>67</sup> Der Kontakt zu fremden Kulturen ist für Liberale dann bereichernd, wenn er Anlass zur Diskussion, zum Vergleich und zum gegenseitigen Lernen ist. Das verlangt die Bereitschaft auch zur kritischen Auseinandersetzung. Das wiederum setzt einen klaren eigenen Standpunkt und klare Bewertungsmaßstäbe voraus, kein freundliches Verständnis für alles und jedes.<sup>68</sup>

---

64 Ein Beispiel dafür ist der nicht nur von Vertretern der verschiedenen Glaubensrichtungen als angeblich beispielhaft gepriesene familiäre Zusammenhalt in den Entwicklungsländern, dem die behauptete „Individualisierung“ in den Industrieländern gegenübergestellt wird. In Wirklichkeit resultiert dieser familiäre Zusammenhalt vielfach schlicht aus dem Fehlen oder der völligen Unzulänglichkeit sozialer Sicherungssysteme. Wo weder der Staat noch private Anbieter Schutz vor Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit bieten können, sind familiäre Netzwerke natürlich unverzichtbar.

65 Vgl. die messerscharfe Analyse solcher Projektionen bei Sven Lindquist: *Durch das Herz der Finsternis*, a.a.O. oder Edward W. Said: *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*, London 1995 (Wiederauflage der Erstveröffentlichung von 1978).

66 Vgl. Ian Buruma: *Falsche Helden. Über die fortgesetzte Verführbarkeit von Intellektuellen durch die autoritäre Macht*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Juni 2006.

67 Vgl. hierzu Gerhard Schulze: *Hedonismus. Zur sündigen Modernität des Westens*, Zürich 2005 (Veröffentlichung der Vontobel-Stiftung).

68 Grundlegend hierzu Amartya Sen: *Identity and Violence. The Illusion of Destiny*, New York 2006.

Die Verteidiger von vermeintlich schutzbedürftigen nationalen Eigenarten und kulturellen Faktoren übersehen zudem, dass Kulturen und Identitäten wandlungs- und lernfähig sind und auf Veränderungen reagieren. Das ist gerade in der globalisierten Welt unvermeidlich. Praktisch alle Kulturen haben heute längst Elemente anderer Kulturen aufgenommen und sind daher bis zu einem gewissen Grad – im besten Sinne des Wortes – *synthetisch*.<sup>69</sup> Vieles, was zum wesentlichen Bestandteil einer Kultur gerechnet wird oder als Wesensmerkmal einer Nation gilt, ist oft erst spät und dann auch nur unter dem Einfluss des Austauschs mit anderen Kulturen entstanden. Das gilt etwa für die viel beschworene Kultur des Teetrinkens in Indien, deren angebliche Verdrängung durch kommerzielle Softdrinks heute von Globalisierungsgegnern beklagt wird. Historisch ist der Tee aber kein besonders indisches Getränk, sondern auf Veranlassung der britischen Kolonialherren *zur Finanzierung* ihres Handels mit China und zur Befriedigung des eigenen Bedarfs erst seit dem 19. Jahrhundert in Indien massenhaft angebaut worden.<sup>70</sup>

Zudem haben Kulturen und nationale Identitäten viele unterschiedliche Facetten und weisen manche Widersprüche auf. Das schafft Interpretationsspielräume. Da Kulturen und Nationen eine Vielzahl von keineswegs widerspruchsfreien Verhaltensmustern, Mentalitäten, Werten und Traditionen einschließen, können sie für *verschiedene Ziele und Zwecke* nutzbar gemacht werden. So sah der deutsche Soziologe Max Weber vor rund einem Jahrhundert im Konfuzianismus noch eine der Ursachen für den Niedergang Chinas und anderer asiatischer Staaten. Heute werden dagegen „asiatische Werte“ einschließlich des Konfuzianismus als wesentliches Element für den wirtschaftlichen Aufstieg Ost- und Südostasiens beschworen und von manchen Beobachtern sogar anderen Ländern zur Nachahmung empfohlen.<sup>71</sup>

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach dem *Export bzw. dem Import von „Modellen“*. Oft wird den Zuwendungsgebern vorgeworfen, sie wollten ihre Erfahrungen und die in ihren Ländern entstandenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme den Entwicklungsländern überstülpen. Liberalen geht es aber nicht um die Übertragung von „Modellen“. Welche sollten das auch sein? Man braucht nur das Wahlrecht oder das Steuersys-

---

69 Vgl. Tyler Cowan: Weltmarkt der Kulturen. Gewinn und Verlust durch Globalisierung, Hamburg 2004.

70 Tom G. Palmer: Globalization und Culture: Homogeneity, Diversity, Identity, Liberty (Friedrich-Naumann-Stiftung Occasional Paper 2), St. Augustin 2004.

71 Vgl. Eun-Jeung Lee: Vom „konfuzianischen Idealstaat“ zum „konfuzianischen Kapitalismus“. Zum Wandel des westlichen Konfuzianismus, Tokyo 2004.

tem der Vereinigten Staaten, Deutschlands, Neuseelands oder der Schweiz zu vergleichen, um zu sehen, dass liberale Demokratien und Marktwirtschaften sehr unterschiedliche Gestalt annehmen können und ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Ohne diese Vielfalt und ohne Alternativen wäre Wettbewerb ebenso wenig möglich wie die Möglichkeit, voneinander zu lernen und neues zu entdecken. Schon deshalb sind Liberale gegen die plumpe Anpreisung und Kopie von Modellen. „Best practices“ sind nützlich, können aber immer nur Anregungen sein. Sie blind nachzuahmen ist nicht nur ein Zeichen von intellektueller Faulheit, sondern geradezu die Garantie dafür, dass man den Praxistest nicht besteht.

Entscheidend ist vielmehr, dass bestimmte *grundlegende Elemente und Prinzipien* gewahrt bleiben. In der liberalen Demokratie sind das etwa die Bindung der Politik an Recht und Gesetz, die Einhaltung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, eine unabhängige Rechtsprechung, der Schutz von Minderheiten, Subsidiarität und die Garantie eines politikfreien Raums, der von jedem Bürger individuell gestaltet werden kann. Im wirtschaftlichen Bereich sind der Schutz des Eigentums, Wettbewerb, stabiler Geldwert, der Zugang des Bürgers zu unabhängigen Gerichten sowie das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung unerlässlich. In welcher Form diesen Prinzipien und Institutionen vor Ort Rechnung getragen wird, kann man getrost denjenigen überlassen, die die jeweiligen Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennen.<sup>72</sup>

## **These XI: Die Entwicklungsländer leiden unter der Globalisierung.**

Seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten leiden nach weit verbreiteter Auffassung die Entwicklungsländer. Und immer sind es von außen aufgezwungene Strukturen und Trends, die der Entwicklung der Länder der Dritten Welt im Wege stehen sollen: erst der Kolonialismus, dann der Ost-Westkonflikt gefolgt vom „Neoliberalismus“ und jetzt angeblich die Globalisierung. Die Schlussfolgerung einer solchen abstrusen Gleichsetzung lautet dann für viele, dass man sich entweder gegen derartige äußeren Einflüsse so weit wie möglich abschottet, sie durch staatliche Eingriffe kanalisiert bzw. stranguliert oder von der internationalen Gemeinschaft eine materielle Entschädigung für die tatsächlichen oder vermeintlichen Opfer solcher Entwicklungen fordert. Meist

---

72 Vgl. etwa Ernst Dürr: Die Übertragbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft auf Lateinamerika, in: Rolf H. Hasse/Josef Molsberger/Christian Watrin: Ordnung in Freiheit. Stuttgart, Jena, New York 1994, S. 371-388.

wird eine Kombination aus allen drei Varianten (Protektionismus, Regulierung, Kompensation) befürwortet.

Während man die Klagen über Kolonialismus und Imperialismus als Liberaler voll und ganz nachvollziehen kann (wenn auch nicht immer die daraus gezogenen Konsequenzen), ist die heutige Schuldzuweisung an die Globalisierung geradezu absurd. Globalisierung bedeutet im Grunde nichts anderes als „mehr Marktwirtschaft in der Welt.“<sup>73</sup> Marktwirtschaft aber heißt unter anderem, dass – in den plastischen Worten von Joseph Schumpeter – Seidenstrümpfe nicht mehr nur für Königinnen und andere Reiche produziert werden, sondern auch für Fabrikarbeiterinnen „als Entgelt für fortwährend abnehmende Arbeitsmühe.“<sup>74</sup> Globalisierung wird heute durch die Verbreitung neuer Technologien und die intensive Kommunikation zwischen Kulturen und Individuen ungeachtet staatlicher Grenzen beschleunigt. Sie hat zum Verdross vieler Politiker einen Bedeutungsverlust des Nationalstaats zur Folge, weil sich immer mehr Unternehmen und immer mehr Bürger dem globalen Wettbewerb stellen. Letztere nimmt aber auf nationale Grenzen, nationale Tabus und nationale „heilige Kühe“ keine Rücksicht und stellt damit zum Ärger von Sozialisten und Nationalisten den so genannten „Primat der Politik“ infrage.<sup>75</sup>

Die Dritte Welt, so heißt es, tritt in diesen Wettbewerb angeblich unter ungleichen Bedingungen, als der schwächere Teil der Menschheit ein und wird von den mächtigen Industrieländern an die Wand gespielt.<sup>76</sup> Solche Kritik übersieht, dass es wahrlich auch in den Industrieländern, also bei den vermeintlich Starken, Angst vor der Globalisierung gibt. Hier wird bekanntlich gerade der umgekehrte Vorwurf erhoben, dass nämlich billige Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern teuren Arbeitsplatzbesitzern in den Industrieländern die bezahlte

---

73 Roland Baader: *Das Kapital am Pranger*, a.a.O., S. 164. Baader warnt aber vor falschen Schlussfolgerungen. Globalisierung bedeutet angesichts der anhaltenden zahllosen staatlichen Interventionen auf nationaler und internationaler Ebene nicht, dass weltweit Marktwirtschaft herrscht. Es geht bis auf weiteres nur um mehr Marktwirtschaft im Rahmen der „staatsverschmutzten Mischformen“ (Roland Baader), nicht um eine echte Marktwirtschaft. Das sollten Liberale in der Auseinandersetzung mit den Globalisierungsgegnern, die bekanntlich so tun, als herrschte weltweit bereits der nackte Kapitalismus, immer wieder deutlich machen.

74 Joseph A. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, S. 113.

75 Vgl. zur Globalisierung aus liberaler Sicht grundlegend Jagdish Bhagwati: *In Defence of Globalization*, Oxford 2004; Johan Norberg: *Das Kapitalistische Manifest. Warum allein die globalisierte Marktwirtschaft den Wohlstand der Menschen sichert*, Frankfurt 2003 und Martin Wolf: *Why Globalisation Works*, New Haven and London 2004.

76 Vgl. hierzu etwa Attac Deutschland (Hg.): *Alles über Attac*. Frankfurt 2004.

Beschäftigung nehmen und Letztere damit die Verlierer sind.<sup>77</sup> In Wirklichkeit trägt die Globalisierung dazu bei, dass die Fragwürdigkeit unrentabler, von politischen Gefälligkeiten und politischer Willkür bestimmte Strukturen für jedermann sichtbar wird. Die Globalisierung ist daher eine Art von *Lügendetektor*, der die Fehler von Politikern und den sie tragenden Interessengruppen und Wählern schonungslos sichtbar macht. Dass dies vielen Politikern nicht gefällt, liegt auf der Hand. Dass bisher verhätschelte und vor dem Wettbewerb geschützte Wirtschaftszweige in der Ersten Welt und die darin Beschäftigten gleichfalls wenig Begeisterung für die Öffnung der Märkte zeigen, ist ebenso nachvollziehbar. Aber was haben damit die viel beschworenen Armen in der Dritten Welt zu tun?

Die Kritiker der Globalisierung ignorieren, dass die Entstehung eines globalen Marktes für viele frühere Entwicklungsländer – vor allem, aber nicht nur – in Südost- und Ostasien – den Weg *aus Not und Elend* bedeutet hat. Dass die Menschen in Mexiko, der Türkei, Indien oder China per Saldo unter der Globalisierung leiden, kann wohl kaum jemand ernsthaft behaupten. Die Weltwirtschaft wächst seit geraumer Zeit, und mit ihr wächst auch die Nachfrage nach Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, von denen viele aus Entwicklungsländern stammen. Schon seit den neunziger Jahren ist zudem das Volumen der *privaten ausländischen Direktinvestitionen*, die in die Dritte Welt fließen, wesentlich höher als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. So flossen im Jahre 2004 nach Angaben der UNCTAD ausländische Direktinvestitionen im Umfang von 233,23 Mrd. Dollar in Entwicklungsländer, mehr als das Dreifache der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe im gleichen Jahr.<sup>78</sup>

Zugleich profitieren Entwicklungsländer davon, dass immer mehr Betriebe in den Industrieländern aus Wettbewerbsgründen, aber auch wegen der wachsenden Zahl der Kunden in den Entwicklungsländern, ihre Produktion ganz oder teilweise an billigere Standorte in der Dritten Welt *verlagern* („outsourcing“). Erich Weede spricht deshalb von den „potenziellen Vorteilen der Rückständigkeit“: die Entwicklungsländer müssen bereits vorhandene und bewährte Produkte und Verfahren nicht neu erfinden und brauchen die damit verbundenen Kosten und Irrtümer nicht zu wiederholen. Nachahmer können so schneller wachsen als Pioniere.<sup>79</sup>

---

77 Vgl. Daniel Drezner: The Outsourcing Bogyman, in: Foreign Affairs, Vol. 83, No. 3, May/June 2004, S. 22–34.

78 Vgl. United Nations Conference on Trade and Development: World Investment Report 2005. Transnational Corporations and the Internationalization of R&D, New York and Geneva 2005, Annex Tabelle B.1

79 Erich Weede: Mensch, Markt und Staat, a.a.O., S.120.



Schließlich führt die Globalisierung auch zu einem weltweiten Medienmarkt. Die enorme Hilfsbereitschaft gegenüber den Opfern der Tsunami-Katastrophe zum Jahreswechsel 2004/2005 in Indonesien, Sri Lanka und anderen Ländern wäre ohne die weltweite *Medienberichterstattung* undenkbar gewesen. Die Befürworter von mehr Entwicklungshilfe für Afrika haben sich im Jahre 2005 geschickt der Medien bedient, um mit weltweit ausgestrahlten Popkonzerten für mehr Unterstützung zu werben. Von einer angemessenen politischen Teilhabe bisher ausgeschlossene Indio-Gruppen in Lateinamerika verschaffen sich mit Hilfe der internationalen Medien ebenso Gehör wie die tibetische Exilregierung oder die Opposition in Usbekistan. Dass die Menschenrechtsverletzungen in der Darfur-Region des Sudan in den letzten Jahren weltweit Aufmerksamkeit finden, liegt gleichfalls an der Globalisierung. Die Erdölfunde im Sudan sind nicht nur – wie manche Pessimisten meinen – der Grund dafür, dass gegen Menschenrechtsverletzungen im Sudan kaum etwas getan wird. Gerade *weil* der Sudan zu einem relevanten Erdölexporteur geworden ist, finden im Gegenteil innenpolitische Vorgänge dort heute wesentlich mehr Beachtung als in der Vergangenheit. Die Entwicklungsländer und ihre Bewohner sind auch in dieser Hinsicht *eher Profiteure als Opfer der Globalisierung*.

Das bedeutet natürlich nicht, dass alle Länder aus der Globalisierung gleichermaßen Nutzen ziehen. Wer wie Simbabwe, Myanmar, manche arabischen Länder oder einige Andenstaaten in Lateinamerika vor allem mit negativen Meldungen und Nachrichten wie Menschenrechtsverletzungen, Staatsversagen, politischen Unruhen oder durch eine desolante Wirtschaftspolitik für weltweite Schlagzeilen sorgt, hat es schwer, Vertrauen aufzubauen und aus der Globalisierung Gewinn zu ziehen. Aber wer sollte das bedauern? Und stünden die Menschen in diesen Ländern ohne Globalisierung besser da?

Eine echte Herausforderung, auch aus liberaler Sicht, stellen nur relativ wenige unterentwickelte, meist rohstoffarme und bevölkerungsschwache Länder in Afrika, der Karibik und Ozeanien dar, die am weltweiten Aufschwung bislang noch zu wenig teilhaben.<sup>80</sup> Durch die Reform des Welthandels, erhöhte Entwicklungshilfe und einen Schuldenerlass versucht man bei den Zuwendungsgebern, diesen Ländern zu helfen. Im vorliegenden Beitrag wird gezeigt, warum diese Ansätze bestenfalls Linderung, aber kaum die Lösung sein können. Erforderlich sind vielmehr auch in solchen Staaten Reformen in Richtung auf

---

80 Den Bestand an Auslandsinvestitionen in Subsahara-Afrika, dessen Einwohnerzahl bei über 700 Mio. Menschen liegt, beziffert die UNCTAD im Jahre 2004 auf 112 Mrd. US-Dollar. Allein im Stadtstaat Singapur betrug der Bestand 147 Mrd. US-Dollar. Vgl. United Nations Conference on Trade and Development: World Investment Report 2004: The Shift Towards Services. Geneva 2004.

Marktwirtschaft, Rechtsstaat und „Gute Regierungsführung“ im Inneren der Staaten. Dies schafft die Voraussetzung dafür, dass auch dort Inländer und Ausländer zu Investoren werden können.

Globalisierung bedeutet aber auch mehr *internationalen Handel*. Der südafrikanische Finanzminister Trevor Manuel hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass Afrika Mehreinnahmen in Höhe von 70 Mrd. US-Dollar erzielen könnte, wenn es seinen Anteil am Welthandel, der derzeit lediglich bei zwei Prozent liegt, nur um einen weiteren Prozentpunkt erhöhen könnte.<sup>81</sup> Zum Vergleich: die öffentliche Entwicklungshilfe betrug im Jahre 2003 weltweit nur rund 69 Mrd. US-Dollar. In der *eigenen Produktion und im Handel mit den eigenen* Produkten liegt also die Zukunft der Entwicklungsländer, nicht in der Entwicklungshilfe, selbst wenn diese erhöht wird. Die Globalisierung ist dabei hilfreich.

Damit wird deutlich: Das Problem der ärmsten Länder ist nicht ein *Zuviel* an Globalisierung. Das Problem ist vielmehr, dass manche Länder noch *zu wenig* an der Globalisierung teilnehmen. Peter Bauer weist darauf hin, dass in der Geschichte der Menschheit immer die Länder, Städte und Landstriche die wohlhabenden waren, die den intensivsten Waren- und Wissensaustausch mit anderen Teilen der Erde unterhielten.<sup>82</sup> Solche Orte und Regionen waren im Übrigen auch immer die kulturell produktivsten. Nicht ein auf welchem Wege auch immer herbeigeführtes Ende der Globalisierung schafft Lebenschancen für die Menschen in armen Ländern, sondern gerade ihre Eingliederung in die Weltwirtschaft, ihre Beteiligung am internationalen Wissens- und Informationsaustausch und die Öffnung für den freien Verkehr von Menschen, Kapital, Arbeit und Gütern.

## **These XII: Die Demokratisierung in der Dritten Welt führt automatisch zu Entwicklung.**

Über den *Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung* gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die bekannten amerikanischen Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset und Samuel Huntington<sup>83</sup> vertreten die Position, dass

81 „Manuel says 'obscene' wealth gap is growing“. In: The Citizen (Johannesburg, Südafrika) vom 17. Januar 2005.

82 Conversation with Peter Bauer. in: A Tribute to Peter Bauer, The Institute of Economic Affairs (Occasional Paper 128), London 2002, S. 20-51, zit. S. 31.

83 Seymour Martin Lipset: Political Man. The Social Bases of Politics, Baltimore 1981 (fünfte Auflage); Samuel Huntington: The Third Wave. Democratisation in the Late Twentieth Century. Norman 1993.

Länder nur dann eine stabile Demokratie aufweisen können, wenn sie über eine starke und selbstbewusste städtische Mittelschicht verfügen. Für sie geht die wirtschaftliche Entwicklung also der Demokratie voraus. Andere Autoren sind dagegen auf Grund von empirischen Daten zu der Schlussfolgerung gelangt, dass eine demokratische Regierungsform die Voraussetzung für Entwicklung ist.<sup>84</sup> Wie immer man diese Diskussion bewerten mag, letztlich bleibt sie theoretisch. Viele Länder der Dritten Welt haben in den letzten Jahrzehnten einen Demokratisierungsprozess durchlaufen. Kaum jemand wird ernsthaft wollen, dass Bangladesch, Peru oder Nigeria wieder zur Diktatur zurückkehren, weil sie dann angeblich höhere Wachstumsraten erzielen. Die Demokratie ist auch in der Dritten Welt längst zu *einem Wert an sich*, unabhängig von ihrer entwicklungspolitischen Wirkung geworden, und das ist auch gut so.<sup>85</sup>

Die entwicklungspolitische Debatte dreht sich heute nach der Demokratisierungswelle der letzten beiden Jahrzehnte nicht nur um die Alternative „Demokratie oder Diktatur“. Im Mittelpunkt steht auch der Begriff der „*Guten Regierungsführung*“ (Good Governance), also die Frage danach, wie die Verantwortlichen mit der politischen Macht umgehen. Als Indikatoren für „Gute Regierungsführung“ werden sowohl politische Kriterien, also etwa die Wahrung der Menschenrechte und die politische Mitsprache der Bürger, als auch ökonomische Kriterien wie die Herausbildung einer effizient und effektiv arbeitenden Verwaltung, die Bekämpfung von Korruption und die Wahrung makroökonomischer Stabilität herangezogen.<sup>86</sup> „Gute Regierungsführung“ gilt mehr noch als das Vorhandensein einer formalen Demokratie als Grundlage für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Sie wird als Voraussetzung dafür betrachtet, dass Entwicklungshilfe sinnvoll eingesetzt werden kann.

Doch für Liberale reicht es nicht aus, wenn eine Verwaltung effizient arbeitet oder Korruption bekämpft wird. Es kommt letztlich darauf an, was die jeweiligen Politiker und die Verwaltung eigentlich mit ihrer Macht und ihrem Einfluss anfangen und vor allem inwieweit sie sich selbst bei der Machtausübung bescheiden und den Bürgern Freiräume lassen. Deshalb kann der Begriff der „Guten Regierungsführung“ irreführen.

---

84 Joseph T. Siegle/Michael M. Weinstein/ Morton Halperin: Why Democracies Excel, in: Foreign Affairs September/October 2004, SS. 57-71.

85 Vgl. Stefan Melnik: Freedom, Prosperity and the Struggle for Democracy. Introductory Texts (Friedrich-Naumann-Stiftung: Ideas on Liberty 2), Potsdam 2004.

86 Vgl. hierzu den Definitionsversuch der Weltbank [www.worldbank.org/wbi/Governance](http://www.worldbank.org/wbi/Governance) sowie Bertelsmann-Stiftung: Bertelsmann Transformation Index 2006. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2005.

Die Existenz von rechtsstaatlichen Verhältnissen ist beispielsweise ein wesentliches Element von „Guter Regierungsführung“. In diesem Punkt besteht in der entwicklungspolitischen Debatte Einigkeit. Doch für Liberale steht beim Begriff „Rechtsstaat“ *das Recht* und nicht *der Staat* im Vordergrund. Man kann in den Worten des Schweizer Liberalen Robert Nef auch „die übelsten Fehlprogramme in den Formen des Rechts abhandeln und auch ein unfreiheitlicher Interventionsstaat kann sich peinlich genau an rechtsstaatliche Prozeduren halten.“<sup>87</sup> Das frühere Preußen, das heutige Singapur oder Schweden auf dem Höhepunkt des dortigen Wohlfahrtsstaats in den siebziger Jahren können mehr oder weniger als Rechtsstaaten gelten, Beispiele für liberale Gesellschaften waren sie dennoch nicht. „Rechtsstaat“ bedeutet für Liberale nicht ein möglichst dichtes Geflecht von Regulierungen und Vorschriften, in dem kleine und Kleinunternehmer von Anfang an zum Scheitern verurteilt sind. Es geht stattdessen darum, möglichst wenige, dafür aber klare und überschaubare Regeln zu schaffen und dann auch tatsächlich für alle gleichermaßen durchzusetzen. Recht soll der persönlichen Freiheit des Bürgers dienen, nicht ihre Freiheit einengen und sie unterdrücken. Für Liberale bedeutet „Gute Regierungsführung“, dass der Staat bzw. die Regierung den Bürgerinnen und Bürgern soviel *Freiraum* wie möglich lässt, um ihr persönliches Leben zu gestalten, ihre Rechte respektiert und *ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Eigentum wirksam schützt*.<sup>88</sup> Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist gefordert.

Eine der größten Herausforderungen an eine „Gute Regierungsführung“ ist in vielen Entwicklungsländern die Korruption. Die Nichtregierungsorganisation *Transparency International*, die weltweit das Ausmaß der Korruption in den einzelnen Staaten untersucht, bezeichnet die Korruption als „cold, calculated theft of opportunity from the men, women and children around the world who are least able to protect themselves“.<sup>89</sup> Tatsächlich zeigt ein Blick auf die von Transparency International vorgelegten Vergleichsdaten, dass gerade die ärmsten Länder der Erde in besonderem Maße anfällig für Korruption sind. Nicht weniger als 70 Länder der Erde, fast die Hälfte aller erfassten Staaten, wiesen nach dem Index 2005 ein ernsthaftes Korruptionsproblem auf. 31 der Staaten mit einem besonders gravierenden Korruptionsproblem liegen auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch neun asiatische und zehn lateinamerikani-

---

87 Robert Nef: Rule of law - unverzichtbar, aber überschätzt, Artikel vom 11. November 2004, wiedergegeben auf der Website des Liberalen Institut der Schweiz [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

88 Vgl. Chariest Murray: *The Pursuit of Happiness and Good Government*, New York 1994.

89 So die Worte von David Nussbaum, Direktor von Transparency International, anlässlich der Vorlage des Transparency International Corruption Index 2005, in [www.transparency.org/cpi/2005/cpi2005\\_infocus.html](http://www.transparency.org/cpi/2005/cpi2005_infocus.html)

sche Staaten gehören dazu.<sup>90</sup> Transparency International stellt fest, dass alle entwicklungspolitischen Anstrengungen fruchtlos bleiben werden, wenn es nicht gelingt, die Korruption in den Empfängerländern einzudämmen.

Ein Problem ist dabei freilich, dass gerade in den Entwicklungsländern Korruption nicht nur aus dem Drang einzelner Politiker und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zur Selbstbereicherung resultiert, sondern auch die Folge der in den Ländern der Dritten Welt bestehenden politischen Strukturen ist, die als *Neopatrimonialismus* oder *Klientelismus* bezeichnet werden. Sie beruhen auf einem Patronagesystem, bei dem der Politiker sich politische Loyalität dadurch erkaufte, dass er nicht nur sich selbst, sondern auch seine Anhänger mit konkreten materiellen Vorteilen zu Lasten der Allgemeinheit versorgte. Der Staat wird als Beute betrachtet, die dazu dient, ein ganzes Netzwerk von Gefolgsleuten zu unterhalten.<sup>91</sup> Solche Verhaltensmuster zu brechen, ist ungemein schwieriger als die Verfehlungen einzelner korrupter Politiker aufzudecken, wie es in den Ländern der Dritten Welt immer wieder öffentlichkeitswirksam, wenn auch bezeichnenderweise mit wenig nachhaltigen Ergebnissen geschieht.

Die meisten „Demokratien“ in der Dritten Welt sind auch wegen der Patronagebeziehungen von „Guter Regierungsführung“ weit entfernt. Die Existenz von Patronagesystemen ist eine wesentliche Ursache dafür, dass Entwicklungsländer, die dem Anspruch nach Demokratien sind, in der Regel zum Typus der „*illiberalen Demokratien*“ (Fareed Zakaria) gehören.<sup>92</sup> Sie verfügen zwar über eine demokratische Fassade, kennen also Vielparteiensysteme und regelmäßige Wahlen. In der Realität sind die Machtverhältnisse aber so gestaltet, dass diejenigen, die einmal Regierungsverantwortung tragen, regelmäßig wiedergewählt werden.<sup>93</sup>

---

90 Ebd.

91 Vgl. hierzu die brillante Darstellung von Patrick Chaba/Jean-Pascal Daloz: *Afrika Works. Disorder as Political Instrument*, Oxford und Bloomington 1999.

92 Fareed Zakaria: *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad*. New York and London 2003.

93 Einer der Gründe, warum die Wiederwahl für die politisch Verantwortlichen in den Entwicklungsländern so wichtig ist, liegt gerade in der Mischung von Patronagesystem und zuviel Staatseinfluss. Wer politische Macht ausüben will, muss seinen Anhängern den Zugang zu finanziellen Ressourcen und materiellen und immateriellen Vorteilen verschaffen. Der nicht zuletzt durch die Entwicklungshilfe gespeiste Staat gibt einen solchen Zugang. Wer dagegen Wahlen verliert, ist von staatlichen Mitteln und der Möglichkeit zu ihrem Missbrauch abgeschnitten und kann seinen Anhängern keine materiellen Vorteile bieten. Wenn dann für Menschen mit Ehrgeiz nur im öffentlichen Sektor ausreichend Karrierechancen bestehen und der Privatsektor schwach ist, haben sie kaum eine Alternative zum Verbleib in öffentlichen Ämtern.

Von Gewaltenteilung, unabhängigen Gerichten, Chancengleichheit für die Opposition, der Tolerierung abweichender Meinung oder von einer Trennung von Regierungspartei, Staat und Gesellschaft kann in vielen Entwicklungsländern trotz demokratischer Fassade kaum gesprochen werden. Es reicht daher nicht aus, für die formale Demokratisierung der Entwicklungsländer einzutreten.

Nicht die bloße Existenz verschiedener Parteien, die Durchführung von Wahlen oder eine wohlklingende Verfassung entscheiden darüber, ob die Rechte der Bürgerinnen und Bürger geachtet werden und die Menschen frei sein können. Das kann nur in einer *liberalen Demokratie* geschehen. Die Förderung einer freiheitlichen Ordnung muss daher nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit sein. *Demokratieförderung* setzt auf die Kooperation mit den politischen Parteien, den Parlamenten und den Organisationen der Bürgergesellschaft sowie auf den Aufbau des Rechtsstaats und der dazu passenden Institutionen. Die Aufgabe besteht darin, die oft nur formal demokratischen Systeme in der Dritten Welt in Richtung einer liberalen Demokratie fortzuentwickeln.

Zu den Problemen der Entwicklungszusammenarbeit gehört aber auch hier einmal mehr, dass die Entwicklungshilfe falsche Anreize setzt. Indem die Entwicklungshilfe den politisch Verantwortlichen in der Dritten Welt ein gewisses Einkommen garantiert, reduziert sie – wie bereits in These IV erläutert – deren Abhängigkeit von den Steuerzahlern vor Ort und damit deren Einfluss. Umgekehrt können sich die Bürger in den Entwicklungsländern – wie gleichfalls bereits in These IV dargestellt – noch zu oft darauf verlassen, dass Fehler der von ihnen Gewählten durch die Steuerzahler in den Industrieländern in Form der Entwicklungshilfe wieder ausgeglichen werden. Unter solchen Bedingungen muss Demokratie keineswegs immer zu Entwicklung führen. Lipset und Huntington haben recht: die beste Voraussetzung für eine funktionierende liberale Demokratie ist auch in den Entwicklungsländern eine *starke städtische Mittelschicht*. Sie müsste als Steuerzahler zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und damit auch ein unmittelbares Interesse daran haben, das Tun und Lassen der politisch Verantwortlichen zu überwachen, auf die Transparenz staatlichen Handelns und die Rechenschaftspflicht der Politiker zu drängen und gegebenenfalls mit dem Stimmzettel Irrtümer und Irrwege zu bestrafen. Zugleich gilt aber auch, dass Marktwirtschaft und Rechtsstaat der Bildung einer breiten Mittelschicht vorausgehen. Eine an marktwirtschaftlichen Grundsätzen und an der Herstellung des Rechtsstaats orientierte liberale Entwicklungspolitik fördert daher die *Entstehung und die Konsolidierung einer Mittelschicht* und das übrigens nicht nur in den Städten. Durch die Stärkung der Eigentumsrechte, mehr Marktwirtschaft und mehr Recht kann auch im ländlichen Raum die Entstehung einer Mittelschicht begünstigt werden. Diese Mittelschicht, ob in

der Stadt oder auf dem Land, leistet dann ihrerseits einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in den Entwicklungsländern.

Aus liberaler Sicht ist schließlich die strikte Beachtung des *Subsidiaritätsprinzips* ein zentraler Punkt jeder Demokratieförderung: der Staat soll nur das regeln, was das Individuum, die Familie, freiwillige Zusammenschlüsse von Bürgern oder die lokale Gemeinschaft nicht regeln können.<sup>94</sup> Eine *Reduzierung der Staatstätigkeit* auf den Kern der staatlichen Aufgaben setzt nicht nur private Initiative frei und erleichtert es dem Staat, sich auf die wirklich wichtigen Aufgaben zu konzentrieren, sondern entzieht auch korrupten Politikern einen guten Teil der Verteilungsmasse, die ihnen bei einer ausufernden Staatstätigkeit zur Verfügung steht. Korruption ist nämlich keineswegs nur, wie von Transparency International dargestellt, Diebstahl. Schon der zunächst eher auf der Linken angesiedelte Entwicklungstheoretiker Gunnar Myrdal hat darauf hingewiesen, dass Korruption oft nichts anderes ist als ein „Beschleunigungsgeld“, das kein anderes Ziel hat, als allmächtige, auf die persönliche Bereicherung ausgerichtete Bürokraten dazu zu bewegen, endlich das zu tun, wofür sie eigentlich da sind: Vorgänge ordnungsgemäß zu bearbeiten und Anfragen in akzeptabler Frist korrekt und unparteiisch zu beantworten.<sup>95</sup> Je weniger Macht, je weniger Aufgaben und damit je weniger Spielraum der einzelne öffentlich Bedienstete hat, desto geringer sind seine Chancen, zum Zwecke des zusätzlichen Gelderwerbs andere zu schikanieren.

Es ist bedauerlich, dass Organisationen wie Transparency International die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips sowie Deregulierung und Bürokratieabbau als die am ehesten Erfolg versprechenden Instrumente zur Korruptionsvermeidung weder thematisieren noch in ihren Forderungskatalog aufgenommen haben.

---

94 Vgl. zur liberalen Interpretation des Begriffes Subsidiarität Gerhart Raichle: Grundsätze liberaler Sozialpolitik. 12 Thesen mit Erläuterungen, Sankt Augustin o.J. (Publikation der Friedrich-Naumann-Stiftung), S. 20 ff.

95 Gunnar Myrdal: Asiatisches Drama. Eine Untersuchung über die Armut der Nationen, Frankfurt am Main 1980, S. 203. Ähnlich der Venezuelaner Carlos Rangel: Der Westen und die Dritte Welt, München 1985, S. 270.

### **These XIII: Ohne einen völligen und bedingungslosen Schuldenerlass wird sich die Dritte Welt nicht entwickeln.**

Nicht nur bei Anhängern der „Ökonomie des Herzens“ ist die Auffassung weit verbreitet, dass ein entscheidender Grund für die Probleme der Entwicklungsländer das Ausmaß ihrer Verschuldung ist. Weil viele Länder beträchtliche Summen für den Schuldendienst aufbringen müssen, bleibe zu wenig Geld für die Entwicklung übrig. Die Gerechtigkeit, so heißt es, verlange deshalb die Eliminierung der Schulden von Seiten der reichen Gläubiger.

Hier wird nicht nur das Pferd von der falschen Seite her aufgezümt, wie noch zu zeigen sein wird. Auch ein Blick auf die Tatsachen rät zur Vorsicht vor schnellen Urteilen. Der Grad der Verschuldung ist nämlich gerade auch unter den ärmsten Staaten höchst unterschiedlich. Vor der Entscheidung der G8-Staaten vom Juli 2005 zum Schuldenerlass lag die Verschuldung von Guinea-Bissau bei 215% des Bruttoinlandsprodukts, in der Republik Kongo sogar bei 299%. Das sind in der Tat traurige Daten. Doch andere Länder wie Nikaragua (63%), Haiti (28%) oder der Niger (21%) weisen Zahlen auf, die sich vom Schuldenstand der öffentlichen Haushalte vieler Industrieländer kaum unterscheiden oder sogar positiv abheben.<sup>96</sup> Wer wie die Globalisierungsgegner in der Organisation „Attac“ oder die Betreiber der Kampagne „Jubilee 2000“ alle Länder pauschal entschulden möchte, schenkt also Guinea-Bissau relativ sehr viel mehr Geld als dem Niger, der Republik Kongo sehr viel mehr als Haiti. Ist das gerecht? Und ist das sinnvoll? Die Lektion für die Entwicklungsländer heißt dann, dass es sich lohnt, möglichst viel Schulden zu machen und möglichst wenig zurückzuzahlen, weil man nur dann von den regelmäßigen Schuldenerlassen optimal profitiert. Auch hier werden also wieder *falsche Anreize* geschaffen.

Die staatlichen Gläubiger versuchen, solcher Kritik entgegenzusteuern, indem sie den Schuldenerlass auf die 38 besonders armen Länder der Erde konzentrieren und außerdem angeblich an die *Eigenanstrengungen* der betroffenen Länder knüpfen. Nur wer „Gute Regierungsführung“ praktiziert, soll demnach in den Genuss eines Schuldenerlasses kommen. Gegen diesen Vorsatz spricht wenig. Aber er wird in der Praxis nicht notwendigerweise erfüllt. Bei der Ermittlung des jeweiligen Ausmaßes an „Guter Regierungsführung“ in den einzelnen Entwicklungsländern verlassen sich die Zuwendungsgeber auf die Hilfe der *Weltbank*.<sup>97</sup> Sie verlangt, dass die für eine Schuldenstreichung

96 Daten nach Angaben der Weltbank <http://devdata.worldbank.org/data-query>

97 Ebd.



infrage kommenden Länder unter anderem ein Papier mit einer Strategie zur Armutsbekämpfung vorlegen und wenigstens ein Jahr (!) an dessen Umsetzung gearbeitet haben müssen. Besonders hart sind die Bedingungen für einen Schuldenerlass also nicht. Im Gegenteil kann sich sogar der Eindruck aufdrängen, dass es den ärmsten Ländern geradezu schwer gemacht werden soll, sich nicht für eine Entschuldung zu qualifizieren. Zudem stellt sich die Frage, was die von der Weltbank für den Schuldenerlass zum wichtigsten Kriterium erhobene Armutsbekämpfung per Strategiepapier eigentlich mit „Guter Regierungsführung“ zu tun hat.

So zeigt sich, dass sich manche der 18 Länder in Afrika und Lateinamerika, denen die G8-Staaten im Juli 2005 ihre kompletten Schulden erlassen haben<sup>98</sup>, zwar durch die Vorlage eines Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung, nicht aber durch „Gute Regierungsführung“ auszeichnen. Im internationalen Vergleich liegen ihre Daten bei den verschiedenen Indikatoren, die „Gute Regierungsführung“ belegen sollen, fast durchweg im negativen Bereich. Ein Land, das *derartig schlechte Vergleichsdaten* wie Äthiopien aufweist, dürfte gar nicht in den Genuss einer angeblich *leistungsabhängigen* Entschuldung kommen.<sup>99</sup> Gleiches gilt für Bolivien. Dort exerzieren die politisch Verantwortlichen seit einiger Zeit vor, wie man frühere sinnvolle Reformen binnen kurzem wieder zurückdrehen und selbst reiche Bodenschätze aus nationalistischen Gründen ungenutzt lassen kann, gleichwohl aber von Entwicklungshilfe und Entschuldung profitiert.

Noch wichtiger als die objektive Ermittlung der für einen Schuldenerlass geeigneten Länder sind aus liberaler Sicht aber zwei weitere Aspekte. Einmal dürfen die Schulden der Entwicklungsländer nicht nur im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt bewertet werden. Sambia wies nach den im Jahre 2005 vorliegenden Daten bei 10,5 Mio. Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von 3,9 Mrd. US-Dollar Schulden in Höhe von 4,3 Mrd. US-Dollar auf, Papua-Neuguinea bei 5,5 Mio. Einwohnern Schulden in Höhe von 3,2 Mrd.

98 Nutznießer der Entschuldung sind demnach folgende Staaten: Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Ghana, Guyana, Honduras, Madagaskar, Mali, Mauretania, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, Senegal, Tansania und Uganda.

99 So die Untersuchung von Susanne Steiner: Schuldenerlass für die ärmsten Länder: Spielt Good Governance eine Rolle?, in: Afrika im Blickpunkt Nummer 2, Juli 2005. Die sechs untersuchten Good Governance-Indikatoren für die 18 Länder lagen nur bei 13 von 108 Indikatoren im positiven Bereich. Im Falle von Äthiopien, Bolivien, Honduras, Mosambik, Niger, Ruanda, Tansania und Sambia gab es nicht einen einzigen Indikator mit positiven Werten. Nur Mauretania wies mit vier Indikatoren im positiven Bereich ein respektables Ergebnis auf. Ebda, S. 5.

US-Dollar. Zur Erinnerung: die Staatsschulden der Bundesrepublik Deutschland betragen Ende 2004 fast 1,4 Bio. Euro.<sup>100</sup> Die Schuldenlast von Sambia oder Papua-Neuguinea *wirkt nur wegen des extrem niedrigen Bruttoinlandsprodukts so hoch und erdrückend*. Bezeichnenderweise operieren die Befürworter eines völligen Schuldenerlasses daher auch am liebsten mit *Prozentzahlen*, nicht mit absoluten Zahlen. In absoluten Zahlen sind die Schulden nämlich bescheiden. So weist die Schuldendiskussion in die falsche Richtung: nicht die Höhe der Schulden der Entwicklungsländer ist das eigentliche Problem, sondern *ihre skandalös geringe wirtschaftliche Leistungskraft*. Deren Steigerung muss das Ziel sein, nicht der endlose Streit um die Höhe des Schuldenabbaus, der ja keineswegs neu ist, sondern schon bis in die siebziger Jahre zurückreicht. Er wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch mit den jüngsten Beschlüssen der großen Zuwendungsgeber noch längst nicht beendet sein.

Ein dauerhaft hoher Verschuldungsgrad ist eben immer auch ein Hinweis auf eine *schlechte Wirtschafts- und Finanzpolitik*. Hohe Schulden sind in der Regel *die Folge einer falschen Politik*, nicht nur die Ursache politischer Probleme. Eine falsche Politik wird durch die Streichung der Schulden nicht notwendigerweise beendet, sondern kann im Gegenteil unverdrossen fortgeführt werden. Ohnehin stehen oft nicht *fehlende finanzielle Mittel* einer „Guten Regierungsführung“ im Weg, sondern der mangelnde Wille der politisch Verantwortlichen und ihrer Entourage sowie Patronagestrukturen und kulturelle Faktoren.<sup>101</sup> Wenn mit einer entwicklungsfeindlichen Mentalität und entwicklungsfeindlichen Praktiken nicht gebrochen wird, ist die nächste Schuldenkrise schon vorprogrammiert. *Schuldenstreichung ohne Reformen* bewirkt im besten Falle wenig, meist aber gar nichts. Nachhaltig ist sie schon gar nicht, weil im Gegenteil eine nicht leistungsbezogene Schuldenstreichung zur Beibehaltung des alten Schlendrians ermutigt.

Überhaupt muss nach dem *Sinn oder Unsinn von Krediten* in der Entwicklungspolitik gefragt werden. Wie auch im normalen Leben sollten die Ausgabe und die Aufnahme von Krediten nur zwei Zielen dienen: der Finanzierung von *Investitionen*, aus deren Erträgen der Kredit dann möglichst bald zurückgezahlt werden kann, oder der kurzzeitigen Überbrückung von *Notsituationen*.

---

100 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland in Zahlen 2005, Köln 2005, S. 72.

101 Der Kenianer James Shikwati hat dazu treffend festgestellt: „It will cost Africans very little to institutionalize rule of law, property rights and a sound business environment. Africans do not need aid to stop them from being corrupt.“ in: James Shikwati: Africans can make Poverty History, in: [www.fnst.org/webcom/show\\_article.php/\\_c-1011/\\_nr-100/printmood-true/i.html](http://www.fnst.org/webcom/show_article.php/_c-1011/_nr-100/printmood-true/i.html) vom 25. Juli 2005.

Als Daueralimentierung maroder Staaten oder zur Deckung laufender, in der Regel konsumtiver Staatsausgaben sind Kredite dagegen höchst gefährlich. Das sollte auch den Zuwendungsgebern bekannt sein. Schenkungen wären manchmal ehrlicher.

Die Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer ist daher selbst *Indiz für eine falsche Entwicklungspolitik*. Dafür tragen die Zuwendungsgeber mindestens ebensoviel Verantwortung wie die Zuwendungsempfänger.

### **These XIV: Wenn der Handelsprotektionismus der Industrieländer endet, entwickelt sich die Dritte Welt.**

Die Forderung nach freiem Handel und internationalem Wettbewerb ist eine der Grundlagen des Liberalismus und das „Kernstück der klassischen Nationalökonomie“ (Ludwig von Mises).<sup>102</sup> Die Agrarsubventionen der meisten OECD-Länder, die jährlich rund 350 Mrd. US-Dollar kosten, schaffen unfaire Wettbewerbsbedingungen. Sie hindern so Entwicklungsländer daran, ihre eigenen Produkte gemäß ihren komparativen Vorteilen zu verkaufen. „Entwicklung durch Handel“ (aid by trade) ist deshalb derzeit für manche Entwicklungsländer nur bedingt möglich.

Diese Situation ist schon seit vielen Jahrzehnten ein Dorn in den Augen der Liberalen, die immer auch Freihändler sind. Die *Abschaffung der Agrarsubventionen* ist mittlerweile sogar bei Anhängern anderer politischer Überzeugungen ein zentrales Element entwicklungspolitisch ausgerichteter Reden geworden, wenn auch nicht unbedingt der politischen Praxis.

Bei aller Sympathie für die Forderung nach einem Ende der Geldverschwendung in der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Schweiz, Norwegen, Japan und anderswo ist aber auch hier wie bei allen angeblichen Allheilmitteln Vorsicht angebracht. Erstens sind nicht alle Gegner des Handelsprotektionismus wirklich an einem *freien Wettbewerb* interessiert. Die von zahlreichen in der „Entwicklungsindustrie“ tätigen deutschen Organisationen, die sich unter dem Kürzel VENRO zusammengeschlossen haben, getragene Aktion „Deine Stimme gegen Armut“, fordert beispielsweise keinen freien, sondern einen „gerechten“ Welthandel.<sup>103</sup> Mit dieser Formel können von

---

102 Vgl. die liberalen Grundlagentexte in: Detmar Doering (Hg.): Kleines Lesebuch über den Freihandel (Argumente der Freiheit, Band 9), Sankt Augustin 2004 (zweite, verbesserte Auflage).

103 Vgl. [www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de)

Subventionen der Europäischen Union verwöhnte Bauern ebenso zufrieden sein wie Protektionisten und Nationalisten in der Dritten Welt, die radikalen Globalisierungsgegner von „Attac“ oder kirchliche Solidaritätsgruppen.

Zweitens stärkt leider auch der völlig berechtigte Einsatz gegen den Handelsprotektionismus der OECD-Staaten in den Entwicklungsländern den Glauben, *dass Entwicklung von außen kommen muss*, nicht durch eigene Anstrengungen. Wenn nur die Industrieländer ihre Handelsbarrieren abschaffen, so der simple Glaube, wird sich die Dritte Welt schon automatisch entwickeln. Dabei sind gerade auch zwischen den Entwicklungsländern die Zölle oft besonders hoch. Der ohnehin unterentwickelte Süd-Süd-Handel, also der Handel zwischen den Entwicklungsländern, leidet darunter. Hier ist der Blick auf die Industrieländer lehrreich. Deren Außenhandel wird zum überwiegenden Teil nicht mit weit entfernten Ländern, sondern mit den unmittelbaren Nachbarn abgewickelt. Der Handel mit den eigenen Nachbarn sollte daher auch von Entwicklungsländern nicht länger vernachlässigt werden.

Drittens schließlich stellt sich die Diskussion um den Abbau von Handelsprotektionismus beim Blick auf die Fakten wesentlich differenzierter dar als gängige Meinungen nahe legen. Vor allem die besonders armen Entwicklungsländer sind keineswegs durchweg Opfer des Handelsprotektionismus von OECD-Staaten, sondern sie ziehen aus diesem Protektionismus auch einen gewissen *Nutzen*. Der internationale Handel ist eben allerorten durch die Ausschaltung der Marktkräfte verzerrt worden. Durch eine Vielzahl von politischen Entscheidungen, nicht zuletzt um den von ihnen praktizierten Protektionismus weniger angreifbar zu machen, haben Industrieländer einigen Produkten aus Entwicklungsländern Vergünstigungen eingeräumt, an die sich die betroffenen Länder gewöhnt und dementsprechend selbst verzerrte Strukturen aufgebaut haben. Zugleich wurden und werden damit auch immer wieder Gruppen von Entwicklungsländern gegeneinander ausgespielt. Bei weiteren Liberalisierungsschritten müssten daher auch manche Entwicklungsländer, wenigstens am Anfang, mit zum Teil nicht unerheblichen Einbußen rechnen. Die Anfang 2005 erfolgte Liberalisierung des Welttextilhandels stellt beispielsweise zwangsläufig auch die auf Zollvergünstigungen beruhenden Wettbewerbsvorteile mancher Entwicklungsländer im Textilbereich infrage.

Nicht ganz zu unrecht drängt sich daher die Frage auf, warum ausgerechnet die ärmsten Länder einen Preis für Fehlentwicklungen zahlen sollen, für die vor allem die Industrieländer verantwortlich zeichnen. Doch damit bewegt man sich wieder im vertrauten Teufelskreis der Welthandelskonferenzen. Dort gilt seit geraumer Zeit die längst widerlegte merkantilistische Weisheit, dass eigene Exporte grundsätzlich gut, Importe aber grundsätzlich bedauerlich sind.

Jeder der Beteiligten versucht deshalb so viel wie möglich an Vorteilen für sich herauszuholen und anderen möglichst geringe Konzessionen zu machen. Das kann nicht zu einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen führen. Es widerspricht auch der Auffassung der Liberalen, dass selbst eine *einseitige Marktöffnung* ohne Forderung nach Reziprozität für denjenigen, der sich öffnet, eine positive Wirkung hat.

Die Tatsache, dass ein freier Welthandel auch von Entwicklungsländern Anpassungsprozesse verlangen wird, dient mancherorts schon wieder zur Rechtfertigung neuer marktwidriger Eingriffe, die im Sinne eines angeblich „gerechten“ statt eines freien Welthandels Entwicklungsländer auch in der Zukunft vor den Unbilden des Wettbewerbs schützen sollen. Besonders weit geht dabei der bereits erwähnte Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO). Er will Mechanismen zur Stützung von Rohstoffpreisen, die Entschädigung der Entwicklungsländer für Preisschwankungen bei Rohstoffen, ein Verbot des „Ausverkaufs“ öffentlicher Dienste in Entwicklungsländern an Konzerne, eine Absage an den Freihandel auf „Kosten der Umwelt“ sowie generell den Vorrang von Umweltabkommen vor Handelsabkommen.<sup>104</sup>

Doch es gibt noch weitere Probleme. Verschiedene afrikanische Fleischproduzenten wie Botswana, Sambia, Kenia oder Madagaskar könnten längst zu Vorzugsbedingungen mehr Produkte auf dem europäischen Markt verkaufen. Seit vielen Jahren können sie aber die ihnen zustehenden Quoten nicht ausschöpfen, weil sie gar nicht so viel Fleisch in der Qualität produzieren, wie sie an die EU liefern dürften.<sup>105</sup> Auch beim Abbau des Handelsprotektionismus im Bereich der Baumwollproduktion, unter dem verschiedene Staaten in Westafrika besonders leiden, warnt der Internationale Währungsfonds vor übertriebenen Hoffnungen. Benin, Gambia oder Burkina Faso werden dem IWF zufolge nur dann von einem freien internationalen Baumwollhandel profitieren, wenn sie zu Hause *Reformen* durchführen, die auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, auf Liberalisierung und Privatisierung ausgerichtet sind.<sup>106</sup> Selbst wenn der internationale Handel wirklich frei wäre, würden davon die Entwicklungsländer also nicht automatisch profitieren. Auch ein freier Welthandel würde die armen Länder nicht der Notwendigkeit entheben, das

---

104 VENRO-Positionspapier, S. 5, abgedruckt auf der Website [www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de).

105 Vgl. Marian Tupy: Internal Barriers to Trade in the Developing World, in James Shikwati (Hg.): *Reclaiming Africa*, Nairobi 2004, S. 33–48, Daten auf S. 39/40.

106 International Monetary Fund: *World Economic Outlook*, Washington September 2005, S. 50/51.

eigene Haus in Ordnung zu bringen. Bessere Chancen helfen wenig, wenn sie man sie nicht nutzen kann.

Ein Ende des Handelsprotektionismus ist aus vielerlei Gründen wünschenswert, nicht zuletzt weil nachweislich ein starker Handel zwischen Staaten einen „Kapitalistischen Frieden“ (Erich Weede) begründet.<sup>107</sup> Die Rettung für Mali, Guyana oder Nepal wird der Abbau des Handelsprotektionismus in den OECD-Staaten aber in absehbarer Zeit kaum sein.

### **These XV: Wer den Entwicklungsländern helfen will, stellt die Entwicklungshilfe ein.**

Manche Beobachter, auch solche aus der Dritten Welt, ziehen aus den offenkundigen Fehlern und Versäumnissen der Entwicklungspolitik die *radikale Konsequenz*, die komplette Einstellung der Entwicklungshilfe zu fordern.<sup>108</sup> Sie wollen, dass man die Menschen in den Entwicklungsländern „einfach machen lässt“<sup>109</sup>, ohne noch so wohlmeinende Einmischung von außen. Eine Verwirklichungschance haben solche radikalen Forderungen allerdings in der real existierenden Welt kaum. Dazu sind zu viele Personen und Institutionen an der Fortsetzung der Entwicklungspolitik interessiert. Auch klingt für die breite Öffentlichkeit die Auffassung nach wie vor überzeugend, dass es ohne Entwicklungshilfe keine Entwicklung in armen Ländern geben kann. Der Wunsch, *Menschen in Not und Armut zu helfen und „gute Werke“ zu verrichten*, hat bisher jede noch so begründete Kritik an der Entwicklungspolitik, ihren Zielen, Trägern und Instrumenten überlebt.

Im Gegensatz zur gerne von der „Entwicklungsindustrie“ verbreiteten Auffassung, dass Entwicklungshilfe ein besonders gefährdetes Gut ist, das von einer überaus volatilen öffentlichen Meinung abhängt, zeigt die Realität, dass die Vergabe von Hilfe an Arme und Schwache – aus welchen Gründen auch immer – offensichtlich einem Grundbedürfnis des Menschen entspricht. Wer Entwicklungshilfe in Bausch und Bogen verurteilt, wird daher sein Ziel kaum erreichen. Im Schlagabtausch mit denen, die Alten, Kranken und Kindern per Entwicklungshilfe Genesung und Erlösung in Aussicht stellen, wirken Kritiker

107 Erich Weede: *Balance of Power, Globalization and the Capitalist Peace* (Friedrich-Naumann-Stiftung, Ideas on Liberty 4), Berlin 2005.

108 Zu den Kritikern der Entwicklungshilfe aus der Dritten Welt gehört etwa James Shikwati: *Fehlentwicklungshilfe. Mit eigenständigen Lösungen kann Afrika eine neue Rolle spielen*, in: *Internationale Politik*, April 2006, S. 6-15

109 So die Forderung von Dirk Maxeiner/Michael Miersch: *Das Mephisto-Prinzip. Warum es manchmal besser ist, nicht gut zu sein*, Frankfurt/Main 2001, S. 172.

an der Entwicklungshilfe, auch wenn ihre Einwände in der Sache noch so berechtigt sein mögen, nur zu leicht kleinkariert, hartherzig und gemein. Es verspricht daher mehr Erfolg, auf eine *bessere, d.h. stärker an liberalen Grundsätzen ausgerichtete Entwicklungspolitik hinzuwirken*, statt ihre Abschaffung zu propagieren. Dass die Zuwendungsgeber sich gegenüber kritischen Stimmen nicht verschließen, sondern bereit sind, aus Fehlern zu lernen, sollte es erleichtern, die richtige Form von Entwicklungspolitik zu betreiben.

Allerdings sind einige Veränderungen unerlässlich. So gibt es berechtigte Zweifel, ob es heute noch sinnvoll ist, schnell wachsenden Ländern wie der Volksrepublik China und Indien, die sich in der Raumfahrttechnik engagieren und mit eigenen Produkten und Dienstleistungen den Industrieländern Konkurrenz machen, weiterhin mit Entwicklungshilfe unter die Arme zu greifen.<sup>110</sup> Gleiches gilt für Schwellenländer wie etwa Mexiko, Südafrika oder Malaysia, die über erhebliche Rohstofflager verfügen und längst das Ziel beträchtlicher Auslandsinvestitionen sind. Hier braucht nur noch der *Transfer von Wissen und Experten* im Vordergrund zu stehen, immer mehr übrigens in beide Richtungen statt als Einbahnstraße. Hinzu sollte der *kulturelle Austausch* mit solchen Ländern treten. Eine gute Form der Kooperation mit solchen Ländern besteht ansonsten in der Verstärkung des *Dialogs über gemeinsame Probleme*<sup>111</sup> und in der Unterhaltung von Handelskammern, Wirtschaftsabteilungen in Botschaften und privaten Agenturen, die Investoren aus dem Ausland beraten und dem Handelsaustausch dienen.

Doch auch dort, wo in absehbarer Zeit Finanztransfers im Mittelpunkt der Entwicklungspolitik stehen, kann diese Hilfe sinnvoller eingesetzt werden. Entscheidend ist, dass die Entwicklungshilfe *am richtigen Ort, zur richtigen Zeit und mit den richtigen Zielen erfolgt*. Das setzt zunächst eine Reduzierung der oft viel zu ehrgeizigen entwicklungspolitische Globalziele, die Konzentration auf das für Entwicklung wirklich Wesentliche, eine Straffung der behandelten Themenfelder und eine Verbesserung der Kontroll- und Steuerungsmechanismen voraus. Das verlangt aber auch eine sehr sorgfältige, transparente und nachvollziehbare Auswahl der betroffenen Länder. Staaten, die sich durch

---

110 Laut eigenen Angaben wies China im Juni 2006 Devisenreserven in Höhe von 941,1 Mrd. US-Dollar auf. Das Land war damit der größte Besitzer von Devisenreserven in der Welt. Vgl. „Weiterhin rasantes Wachstum in China. Erstes Halbjahr bringt ein BIP-Plus von 10,9 Prozent“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19. Juli 2006.

111 In diese Richtung weist das von der deutschen Bundesregierung verabschiedete Konzept der „Ankerländer“, vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: BMZ Spezial. Ankerländer – Partner für globale Entwicklung. Ein Positionspapier des BMZ, Bonn 2004.

schlechte Regierungsführung, Missachtung der Menschenrechte, eine aggressive Haltung gegenüber den Nachbarn, ein hohes Maß an Korruption, die Unwilligkeit zur Lösung der eigenen Probleme, d.h. etwa durch mangelnde Bereitschaft zu marktwirtschaftlichen Reformen auszeichnen, versprechen weder einen effektiven noch einen effizienten Einsatz von Entwicklungshilfe und machen Nachhaltigkeit schwer. Sie sollten deshalb mit Ausnahme einer befristeten Nothilfe in akuten Krisensituationen sowie im Gesundheitsbereich und der Demokratieförderung – sofern die dazu eingesetzten Mittel nicht zum Machterhalt der politisch Verantwortlichen missbraucht werden – von der Liste der Empfänger gestrichen werden. Nur so bleibt Entwicklungspolitik *glaubwürdig*. Nur so können Finanztransfers gerechtfertigt werden. Zugleich schafft man Anreize für die Verbesserung der Lage im betroffenen Land. Die Zeiten, in denen verantwortungslose politische Eliten die eigene Bevölkerung zu *Geiseln* ihrer Politik machen konnten, sollten der Vergangenheit angehören.

Gegenüber den Entwicklungsländern muss der Grundsatz „Fördern und fordern“ gelten: wer Geld gibt, hat auch das Recht, dessen Verwendung mit Blick auf die zuvor getroffenen Absprachen zu überprüfen und ggf. Sanktionen zu verhängen. Die Entwicklungsländer, die in letzter Zeit sehr viele Verbesserungen im eigenen Zuständigkeitsbereich versprochen haben, müssen beim Wort genommen, Defizite offen angesprochen werden. Nur so kann ein echter *Dialog* zwischen Gebern und Empfängern zustande kommen.

Zugleich ist zu prüfen, wo private Entwicklungszusammenarbeit die öffentliche Entwicklungshilfe nicht nur ergänzen, sondern auch ersetzen kann. Bereiche wie die Infrastruktur in den Entwicklungsländern oder die Verbesserung der dortigen Schulsysteme verlangen Mittel, die die Möglichkeiten der einzelnen Staaten übersteigen. Schon heute ist erstaunlich, was private Träger etwa im Bildungsbereich gerade auch für die Armen leisten.<sup>112</sup> Umgekehrt sind vielfach die Leistungen der Regierungen und staatlicher Träger in Entwicklungsländern in vielen Bereichen nicht überzeugend. Sie sollten daher zum Gegenstand der *Partnerschaft zwischen Privatsektor und Staat* (Private Public Partnership) unter Einschaltung großer Kreditgeber wie der Weltbank werden und damit künftig nicht mehr Angelegenheit nationaler öffentlicher Entwicklungshilfe sein, sofern man sie nicht ohnehin privaten Anbietern überlassen sollte. Freilich muss man auch hier wieder warnen: die heute allgemein geschätzte Partnerschaft zwischen Staat und Privatsektor darf nicht zum Vorwand dafür werden, dass der

---

112 Vgl. James Tooley: Could the Globalisation of Education Benefit the Poor? Sankt Augustin 2004 (Friedrich-Naumann-Stiftung, Occasional Paper 3).



Staat möglichst überall noch mitmischt und so Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung vermieden werden.

Gleichwohl bleiben noch genügend Bereiche für die Finanzierung durch *öffentliche Entwicklungshilfe* übrig. Hierzu gehören etwa die Ausbildung und Ausrüstung einheimischer Sicherheitskräfte, der Aufbau von effizienten Verwaltungen, auch im Bereich von Steuern und Finanzen, Hilfe beim Aufbau einer unabhängigen Rechtsprechung oder die Ausbildung von Experten, die beispielsweise an komplexen internationalen Verhandlungen wie der Doha-Runde teilnehmen können. Die Beratung der politischen Parteien und die Vermittlung von politischer Bildung an ihre Führungskräfte, die technische Beratung von Regierungsinstitutionen, insbesondere im Blick auf Wirtschaftsreformen, aber auch die Beratung von Organisationen und Institutionen der Bürgergesellschaft sowie der Austausch von Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Studierenden können weitere sinnvolle Betätigungsfelder sein. Alle diese Maßnahmen sollten auf die Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen für Wachstum und Entwicklung abzielen und in erster Linie der Vermittlung von Wissen und Know How dienen.

Einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt können Industrieländer schließlich aber auch dadurch leisten, dass sie ihr eigenes Haus in Ordnung halten und sich selbst ordnungspolitisch glaubwürdig verhalten. Die Entwicklungsländer brauchen Vorbilder, die sich an liberalen Prinzipien orientieren und nicht populistischen Impulsen nachgeben. Der Blick auf die Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass viele Zuwendungsgeber diese Vorbildfunktion nicht immer überzeugend ausfüllen.

## Abkürzungsverzeichnis

AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CEPAL	Comisión Económica para América Latina
DAC	Development Assistance Corporation Directorate
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
HIV	Human Immunodeficiency Virus
IWF	Internationaler Währungsfonds
MDGs	Millennium Development Goals
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNO	United Nations Organisation
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

## Über den Autor:

**Rainer Erkens**, geb. 1957, studierte Politikwissenschaft in Bonn, Kapstadt und Lissabon. Nach langjähriger Tätigkeit in der Geschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei war er zwischen 1996 und 2005 für die Friedrich-Naumann-Stiftung in Lateinamerika und Afrika im Einsatz. Derzeit ist er für Lateinamerika im Institut für Internationale Zusammenarbeit und Politikberatung (IPZ) der Stiftung in Potsdam zuständig. Letzte Veröffentlichung: Irrwege und Chancen der Entwicklungspolitik in Afrika. Eine liberale Perspektive, Berlin 2006 (Argumente der Freiheit 17 der Friedrich-Naumann-Stiftung). Eine Publikation des Autors zur Kooperation mit politischen Parteien in der Entwicklungszusammenarbeit ist in Vorbereitung.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
Spendenkonto: 266 9661 04  
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

## ***PositionLiberal***

Positionspapiere des Liberalen Instituts  
der Friedrich-Naumann-Stiftung

Gerhart Raichle (2004)

UMVERTEILUNG – WOZU, WIEVIEL, WIE?

Sascha Tamm (2004)

DIE ZUKUNFT EUROPAS – FREIHEIT UND WETTBEWERB

Detmar Doering (2004)

MYTHOS MANCHESTERTUM

Ein Versuch über Richard Cobden und die Freihandelsbewegung

Hartmut Kliemt (2005)

UTOPIEN INTERNATIONALEN RECHTS

Zur Moralität und Realität westlicher Machtausübung

Richard D North (2005)

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: EIN KONZEPT MIT ZUKUNFT?

Dirk Maxeiner und Michael Miersch (2005)

IST DIE LINKE NOCH LINKS?

Der Abschied von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit

Horst Wolfgang Boger (2006)

DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM: AM ABGRUND ODER IM AUFSCHWUNG?

Jaap Scheerens (2006)

DIE ANWENDBARKEIT VON INTERNATIONALEN VERGLEICHsstUDIEN  
IM SCHULBEREICH

David C. Berliner (2006)

DER STAAT UND DIE ARMEN

Peter A. Henning (2006)

DIE AUSWIRKUNG VON DEZENTRALISIERTEM WISSEN AUF DIE BILDUNG

Jennifer Marshall (2006)

WAHLFREIHEIT DER ELTERN IM BILDUNGSWESEN DER USA – EIN ÜBERBLICK

Ulrich van Lith (2006)

EUROPA UND BILDUNG: HARMONISIERUNG VERSUS WETTBEWERB

Kenneth Minogue (2006)

BILDUNG UND DIE FREIE GESELLSCHAFT

Jean Redpath (2006)

UNABHÄNGIGE SCHULEN IN SÜDAFRIKA: ASCHENPUTTEL ODER GUTE FEE?

Gerrit B. Koester (2006)

DIE ÖKONOMIE DES INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERBS

Jürg de Spindler (2006)

INTERNER STEUERWETTBEWERB – DAS BEISPIEL SCHWEIZ

James Bartholomew (2006)

SCHULBILDUNG OHNE DEN STAAT

Eckhard Behrens (2006)

FÖDERALISREFORM UND BILDUNGSPOLITIK